

326

325

324

323

CHANGING REALITIES

KONGRESS FÜR AUTONOME POLITIK

318

319

CHANGING REALITIES

Kongress für autonome Politik 2011

17. - 19. JUNI 2011

IM AUTONOMEN ZENTRUM KÖLN

WIERSBERGSTR. 44, KÖLN - KALK

GESELLSCHAFTLICHE ZUSTÄNDE VERÄNDERN SICH, WIR VERÄNDERN UNS, UND WIR WOLLEN GESELLSCHAFTLICHE ZUSTÄNDE VERÄNDERN: SEIT DEM KONGRESS FÜR AUTONOME POLITIK, DER 2009 IN HAMBURG STATTFAND, HAT DAS BEDÜRFNIS NACH GEMEINSAMER VERSTÄNDIGUNG UND VERNETZUNG FÜR VIELE VON UNS STETIG ZUGENOMMEN.

Das liegt - aus Sicht der Vorbereitenden des diesjährigen Kongresses - zum einen an den sich rasant zuspitzenden und in zunehmenden Maße gewaltförmigen Verhältnissen in der Welt. Zum anderen merken wir, dass es eines Abgleichs unserer persönlichen Lebensverhältnisse und unserer häufig als unzureichend empfundenen politischen Denkmuster und Auseinandersetzungsformen mit eben diesen Verhältnissen bedarf. Zugleich werden - für viele von uns überraschend - immer wieder neue Ansätze von Widerspruch und Auflehnung spürbar, auf die wir häufig nicht angemessen zu reagieren in der Lage sind.

Deshalb laden wir Euch ein, am diesjährigen Kongress für autonome Politik in Köln teilzunehmen, um gemeinsam Fragen zu stellen und uns auf die Suche nach - vorläufigen - Antworten zu machen. Es soll darum gehen, neue und mutmachende Perspektiven zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, aber auch autonomer Politikansätze anzudenken und unsere Handlungsspielräume zu erweitern.

Wie schlagen vor, unsere Fragen anhand der folgenden Themenkomplexe zu entwickeln und zu diskutieren:

1. MOMENTANE ZUSTÄNDE - BRAUCHT AUTONOME POLITIK ANALYSE?

Die aktuelle Umsetzung von Herrschaftspolitik ist ein umfassender sozialer Angriff, der die Gesellschaft und damit auch die Bedingungen, unter denen wir seit längerem politisch agieren und unser eigenes Leben organisieren müssen, bis in die kleinsten Ecken nachhaltig verändert. Der zuneh-

mend aktionistisch-alarmistische Politikstil wirkt faktisch herrschaftsstabilisierend, da sein stärkstes und permanent wiederholtes Argument die Alternativlosigkeit der getroffenen Maßnahmen ist. Wo hegemoniale Diskurse von oben durchgesetzt werden, wird einer antidemokratischen, autoritären Entwicklung der Weg gebahnt. Diese Tendenz verengt sowohl praktisch als auch ideologisch die Spielräume linksradikaler Eingriffe in die bestehende Ordnung. Eine Ordnung, die sich angesichts immer neuer behaupteter oder tatsächlicher Krisen und Bedrohungen so offen wie seit langem nicht, nach Kriterien von Freund und Feind formiert.

2. DIE ZUSTÄNDE IN BEWEGUNG BRINGEN - BRAUCHT AUTONOME POLITIK STRATEGIEN?

sind »die Autonomen« heute nur eine Reproduktion von Bildern. Streben wir nach wie vor an, die Gesellschaft, auch uns selber zu verändern, oder haben wir uns arrangiert und verharren in unseren selbst geschaffenen, aber begrenzten Freiräumen? Wollen wir den Laden zum Erliegen bringen? Oder will mensch den geschäftsmäßigen Ablauf des Ladens nur (hinnehmbar) stören? Wie veränderungswillig sind wir? Müssen sich die Ansätze autonomer Politik verändern? Ist eine Veränderung der Politik der ersten Person notwendig, nicht insofern, dass nicht mehr die Politik der ersten Person sein sollte, sondern, dass sie sich auf die veränderten Bedingungen beziehen muss? Welche Perspektiven sehen wir? Welche Strategien können wir entwickeln?

3. WIR STEHEN DAZU - MILITANZ

Wir wünschen uns die Wiedererlangung einer militanten Selbstverständlichkeit - im alltäglichen Widerstand und auch in unseren Diskussionen. Eine

selbstbewusste Normalisierung und verbreiterte Einübung und Ausübung von emanzipativer Militanz - das Zurückerlangen einer militanten Haltung, die ebenfalls in der Lage ist sich selbstbewusst zu vermitteln und zu hinterfragen. Wir werfen einige Fragen auf zum Wechselspiel militanter und nicht-militanter Aktionsformen, zu Militanz und Militarismus und zur Verantwortlichkeit und Zielgenauigkeit militanter Aktivitäten.

4. MEHR ALS NUR ZUSEHEN - DIE AKTUELLEN AUFSTÄNDE UND DIE FRAGE DER SOLIDARITÄT

Praktische Interventionen zugunsten von Kämpfen außerhalb Europas gibt es derzeit kaum. Wollen wir unsere Zuschauerrolle verlassen, werden wir Kontakt aufnehmen müssen und können dabei Möglichkeiten praktischer Solidarität erkunden. Die Aufstände z.B. im Maghreb weisen insofern auch auf eine essenzielle Leerstelle unserer politischen Praxis hin. Insbesondere zum Krieg in Libyen gibt es eher verstörende Reaktionen vieler Linksradikaler. Auch wenn der Krieg noch nicht entschieden ist, die Militärintervention wird »pro-westliche« Kräfte stärken, die Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Teilhabe, die zu Beginn der Aufstandsbewegung laut wurde, wird auf der Strecke bleiben. »Die Militarisierung des Bürgerkriegs bedeutet das Scheitern des Aufstands«, schreibt das unsichtbare Komitee.

Als Handreichung - die wir keinesfalls als Setzung verstehen wollen - stellen wir einige Papiere und damit Thesen zur Verfügung, die aus den Diskussionen der Vorbereitenden entstanden sind, ohne dabei deren Konsens widerzuspiegeln. Diese sind in einem Reader zum Kongress zusammengefasst, den Ihr im Vorfeld des Kongresses in Infoläden, sozialen Zentren und ähnlichen Orten erhalten oder auf der Kongress-Seite online unter <http://autonomepolitik.blogspot.de/> einsehen könnt. Die vorgestellten Papiere sollen zur Vorbereitung unserer gemeinsamen Suche dienen und uns den Einstieg in die gemeinsame Diskussion erleichtern.

Wir freuen uns auf Euch!

PROGRAMM

FREITAG, 17.06.

ab 18.00 Uhr.....Anreise und Vokü
19.00 Uhr.....Auftaktveranstaltung

SAMSTAG, 18.06.

10.00 - 19.00 Uhr.....Themenblöcke (I)
(mit Pausen)
ab 20.00 Uhr.....Raum für eigene Veranstaltungen/Projektvorstellungen
ab 22.00 Uhr.....Party

SONNTAG, 19.06.

10.00h - 15.00 Uhr.....Themenblöcke (II)
(mit Pausen)

Falls Ihr Übernachtungsmöglichkeiten braucht, könnt Ihr diese bei der Schlafplatzbörse autonome-perspektive@nadir.org unter dem Betreff »Schlafen« anmelden.

Solltet Ihr eigene Beiträge zu den vorgestellten Themen haben, könnt Ihr diese bis zum 2. Juni unter dem Betreff »Beitrag« an autonome-perspektive@nadir.org senden.

Und falls Ihr über die vorgeschlagenen Themen hinausgehende Vorschläge und Projekte habt, die Ihr auf dem Kongress vorstellen wollt, bitten wir Euch, uns schon im Vorfeld unter obiger Mailadresse zu kontaktieren, damit wir Zeit haben, diese mit dem Programm und den Räumlichkeiten zu koordinieren.

<http://autonomepolitik.blogspot.de/>

MOMENTANE ZUSTÄNDE

Brauchen Autonome Analyse?

WELCHE STRATEGIEN KANN UND MUSS EINE AUTONOME/LINKSRADIKALE BEWEGUNG ENTWICKELN, UM GESELLSCHAFTLICH WIRKUNGSMÄCHTIGER ZU HANDELN?

Ein Block des Kongresses soll untersuchen, wie sich gesellschaftliche Umbauprozesse und politische Herrschaftsstrategien derzeit organisieren und legitimieren. Anders formuliert geht es darum zu analysieren, unter welchen konkreten Rahmenbedingungen linksradikaler Widerstand stattfindet und ob und wie sich diese Rahmenbedingungen verändern. Eine solche Analyse wäre eine Grundlage, um gemeinsam zu diskutieren, wie unter diesen sich verändernden Bedingungen die Perspektiven linksradikaler Praxis aussehen könnten, was dann im zweiten Themenblock diskutiert werden soll.

Die vielbeschworene gesellschaftliche Sichtbarkeit und politische Wirkungsmacht linksradikaler/autonomer Positionen und Praxen kann sich erst dann entwickeln, wenn wieder verstärkt politische aber vor allem soziale Anknüpfungspunkte an gesellschaftliche Auseinandersetzungen gefunden werden.

Die aktuelle Umsetzung von Herrschaftspolitik ist ein umfassender sozialer Angriff, der die Gesellschaft bis in die kleinsten Ecken nachhaltig verändert. Individualisierungsstrategien sind ein wichtiger Eckpfeiler dieses Umbaus. Die und der Einzelne werden systematisch in die Pflicht genommen, gesellschaftlich verursachte und gewollte Risiken und Probleme individuell zu bewältigen. Oder eben sie nicht bewältigen zu können, und damit im Sinne der vorherrschenden Ideologie persönlich zu versagen und zu Objekten staatlicher repressiver Sozialpolitik und populistischer Stimmungsmache zu werden. Die jüngeren Debatten darüber, ob »die Gesellschaft« den Tabak- und Alkoholkonsum von Hartz IV-Empfänger_innen finanzieren müsse, ob »solche Leute« überhaupt in der Lage sind, verantwortungsbewusst für ihre Kinder zu sorgen oder

noch das Recht haben dürfen, Lotto zu spielen – sind ein klarer Ausdruck dessen, wie gut diese Individualisierungsstrategien greifen. Der jetzige Stand von Bevormundung, Arbeitszwang und sozialer Diffamierungen ist nur ein Zwischenergebnis, bringt aber die Drohung schon recht gut auf den Punkt: Es gibt nur eine Alternative – die Schein-Selbstständigkeit der individualisierten Managerin des eigenen »Falls« oder die zunehmend entrechtete Position des sozialen »Problemfalls«. Individualisierungsstrategien in diesem Sinne sind zuallererst Strategien der Vereinzelung und des bewussten Vortreibens gesellschaftlicher Entsolidarisierung, sie sind Ausdruck einer antiemanzipatorischen Entwicklung, die auf konkurrenztüchtige, d.h. auf Konkurrenz beruhende Lebensverhältnisse zum alternativlosen Normalfall machen will.

Wie sehr dieses reaktionäre Gedankengut eines Selbstbehauptungskampfes aller gegen alle in den Lebensentwürfen und Köpfen der einzelnen angekommen ist, zeigte sich beispielhaft an den ausbleibenden Reaktionen nach dem Bankencrash. Damals wurde auch einer breiteren Öffentlichkeit eindrucksvoll vor Augen geführt, dass im Kapitalismus, einem System, das auf Konkurrenz und Profitmaximierung beruht, das Glück der einen nicht ohne das Unglück der andern zu haben ist. Dennoch wächst auch seitdem zumindest in Deutschland weniger die Kritik an kapitalistischer Ausbeutung und staatlich betriebener sozialer Deklassierung. Im Gegenteil scheint eher die Bereitschaft zuzunehmen, die gründliche Zerschlagung sozialstaatlicher und arbeitsrechtlicher Sicherheiten auch weiterhin widerspruchslos zu akzeptieren.

Dabei handelt es sich bei vielen Entwicklungen

nun wirklich um kein neues Phänomen. Wir erleben wirtschafts- und sozialpolitisch vielmehr die Fortsetzung und Zuspitzung dessen, was faktisch schon in den letzten Jahrzehnten unter dem Label »neoliberal« geplant und durchgesetzt wurde. Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Privatisierung staatlicher Infrastruktur und öffentlicher Aufgaben (z.B. Energie- und Wasserversorgung, Knäste, sozialer Wohnraum, Bildung...) die Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme (z.B. Rente, Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen...) sind Bedingungen unter denen wir alle seit längerem politisch agieren – und auch unser eigenes Leben organisieren müssen.

*DIE SOZIALE KRISE IST AUCH
LÄNGST BEI UNS ANGEKOMMEN
— ALS ANGST VOR DER
KLIMAKATASTROPHE, ALS ANGST
VOR DER EIGENEN ZUKUNFT
UND GEGENWART.*

Flankiert und begleitet werden diese Entwicklungen immer deutlicher von einem roll-back auf den verschiedensten Ebenen. Wo der individuelle ökonomische und soziale Erfolg in einem existentiellen Konkurrenzkampf zum höchsten Wert gemacht wird, sind Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse im Auftrieb, über die »die Anderen« konstruiert und angegriffen werden.

ZWISCHENRESÜMEE

Dass diese Gesellschaft vielfältig und entlang verschiedenster Linien gespalten ist, ist vielleicht keine sonderlich originelle Beobachtung. Dennoch haben die beschriebenen Entwicklungen mittlerweile einen Punkt erreicht, der in gewisser Weise neu ist: Es ist zusehends im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert, dass dieser Zustand keinesfalls verändert werden könnte oder sollte. Stattdessen geht es in der Logik staatlichen Handelns vor allem darum, die alltäglich spürbare Dynamik der sozialen Krise und ihre Ergebnisse in die Normalität zu überführen und effizient und mit allen notwendigen Mitteln zu verwalten.

KATASTROPHENSTIMMUNG MACHT SICH BREIT

Nicht erst seit Fukushima findet die innergesellschaftliche Verunsicherung ihre Entsprechung in der medialen und öffentlichen Wahrnehmung der globalisierten Welt als Ursache permanenter vermeintlicher oder tatsächlicher Bedrohung. Die Szenarien wechseln. Finanzmarktkrise, Staatsbankrotte, Klimakatastrophe, demographische Bedrohung, terroristische und islamistische Bedrohung. Es kriselt an allen Ecken und Enden, das »System« scheint immer kurz vorm Kollaps und trotzdem geht es irgendwie immer weiter... Und anders als in den – auch für die Autonomen so dynamischen – 80er Jahren, in denen Drohkulissen der atomaren Aufrüstung und der Umweltkatastrophen politisierend und massenmobilisierend wirkten, entwickeln sich heute Protest und Widerstand eher verhalten. Ob der Protest in Stuttgart oder die Castor-Mobilisierung 2010 darauf hindeuten, dass mehr Leute beginnen, die Zuschauer innenrolle zu verlassen, wäre zu diskutieren. Die Großdemonstrationen gegen die Atompolitik nach Fukushima mögen ein Hoffnungsschimmer gesellschaftlichen Aufbegeh-

rens sein, aber erst mal bleiben sie eine Momentaufnahme emotionaler Betroffenheit und Angst während der Katastrophe.

Das weitgehende Fehlen sozialer Kämpfe, die für ein Umdenken, für eine radikale Kritik am Bestehenden, die Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen eintreten auf der einen Seite, die teils reale, teils taktisch in die Waagschale geworfene Hilflosigkeit des aggressiven staatlichen Krisenmanagements auf der anderen, markieren die Rahmenbedingungen, unter denen linksradikale Politik sich – vielleicht auch ganz neu – orientieren muss.

Das Beschwören von Krisen und Bedrohungen dient als eine der Legitimationsstrategien staatlichen Handelns. Die Instrumente, die seit Ende der 80er Jahre zur Durchsetzung eines neoliberalen globalen Systems zum Einsatz gekommen sind, werden jetzt als alternativlose Krisenlösungsstrategien verkauft. Das lässt sich quer durch fast alle Politikfelder verfolgen, wobei die angebotenen »Lösungen« klassisch sind und auf das Recht des Stärkeren herauslaufen: eine massiv zunehmende Militarisierung politischen Handelns, rassistische Abschottung nach außen und rassistische Spaltung nach innen, der verstärkte Rückgriff auf biologistische Erklärungsmuster, die Renaissance klassisch patriarchaler Geschlechterrollen und die Propagierung der Kleinfamilie als emotionalem Anker im krisenhaften Außen. Die Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme bedroht immer mehr Menschen existentiell und trägt gleichzeitig zu einer Entsolidarisierung bei. Das Verschwinden solidarischer oder sogar kollektiver Lebensentwürfe und das Durchdrücken konkurrierender Lebensverhältnisse ist dabei durchaus Kalkül herrschender Politik.

Gleichzeitig soll durch inszenierte Bedrohungsszenarien in denen es wahlweise von gewalttätigen Jugendlichen, vermummten Steinewerfer_innen, islamistischen Terrorbanden, Flüchtlingen aus Nordafrika oder Arbeitsmigrant_innen wimmelt, das Bewusstsein durchgesetzt werden, dass es keine Alternative zum immer massiveren Ausbau eines präventiven Sicherheitsregimes geben kann. Eines Regimes, das nach Innen mit dem Ausbau des Kontroll- und Überwachungsapparates, eines militarisierten Polizeiapparates, mit Feindbekämpfungsideologien und Extremismustheorie aufgerüstet wird und nach Außen auf die Normalität militärischer Interventionen setzt.

Der aktionistisch-alarmistische Politikstil wirkt faktisch herrschaftsstabilisierend, da sein stärkstes und permanent wiederholtes Argument die Alternativlosigkeit der getroffenen Maßnahmen ist. Wo nicht über die Vor- und Nachteile der einen oder anderen Lösung diskutiert und gestritten wird (und werden kann) und hegemoniale Diskurse von oben durchgesetzt werden, wird einer antidemokrati-

schen, autoritären Entwicklung der Weg gebahnt. Diese Tendenz verengt sowohl praktisch als auch ideologisch die Spielräume linksradikaler Eingriffe in die bestehende Ordnung. Eine Ordnung, die sich angesichts immer neuer behaupteter oder tatsächlicher Krisen und Bedrohungen so offen wie seit langem nicht, nach den Kriterien von Freund und Feind formiert.

RETTE SICH WER KANN

Die soziale Krise ist auch längst bei uns angekommen – als Angst vor der Klimakatastrophe, als Angst vor der eigenen Zukunft und Gegenwart, wenn es mensch nicht gelingt, sich im ungerechten Kampf um die materielle Sicherheit einen kleinen Vorteil zu verschaffen. Auch wir kennen das Gefühl des Getriebenseins, der Perspektiv- und Alternativlosigkeit und das hat Folgen dafür, wie wir Autonomie verstehen. Verlust von Utopie ist die linksradikale Spielart der Ideologie von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus und der herrschenden Bedingungen. Der Verlust von Solidarität und Kollektivität in unseren Strukturen, den wir immer wieder beklagen, ist nicht zuletzt auch den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet.

Dabei wäre heute beides dringend notwendig, kollektives und solidarisches Denken und Handeln, denn die Selbstregulierung des einzelnen ist extrem stark verankert. Oft braucht es kaum noch real ausgeübten Druck, um Anpassung zu erzwingen. Und wir handeln da oft auch nicht anders, als die meisten anderen in der Gesellschaft: Wir disziplinieren uns selbst, wir qualifizieren uns weiter und wir präsentieren uns erfolgreich, kompetent und flexibel. Und das Perfide dabei ist: Wir wissen, dass das Spiel »Jede ist ihres Glückes Schmied, sie muss nur wollen« durch und durch verlogen ist, Ideologie. Und trotzdem scheint das Mitspielen die einzige Möglichkeit zu sein.

UND NUN ?

An solche Überlegungen anknüpfend, stellen wir uns vor, bei dem geplanten Kongress folgende Fragen genauer zu diskutieren:

Wie genau sehen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus, unter denen wir uns unsere politischen Projekte realisieren?

Wie lässt sich das für die einzelnen Politikfelder ausbuchstabieren?

Wie organisiert sich derzeit das Verhältnis von Repression und Selbstregulierung?

Wie bedrohlich sind die autoritären Potentiale der Entwicklungen im Bereich staatlicher Politik?

DIE ZUSTÄNDE IN BEWEGUNG BRINGEN

Braucht autonome Politik Strategien?

DIE DISKUSSIONEN UM EINE ANALYSE DER MOMENTANEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSTÄNDE, WIE SIE AUF DEM KONGRESS GEFÜHRT WERDEN SOLLTEN, SOLLTEN - WIE SCHON FORMULIERT WURDE - DAZU BEITRAGEN, AUTONOME POLITIKANSÄTZE UND -PRAKTIKEN ZU ÜBERPRÜFEN UND WO NÖTIG ZU AKTUALISIEREN ODER ZU VERÄNDERN: WAS MÜSSTE PASSIEREN, DAMIT AUTONOME/LINKSRADIKALE POSITIONEN NICHT NUR AN WAHRNEHMBARKEIT GEWINNEN, SONDERN GRÖßERE GESELLSCHAFTLICHE WIRKUNGSMACHT ERLANGEN? VOR DIESEM HINTERGRUND SOLLTEN MIT DEM FOLGENDEN MÖGLICHE PERSPEKTIVEN FÜR EINE VERÄNDERUNG AUTONOMER POLITIK ANGEDACHT WERDEN.

Die Politik »der Autonomen« war meist eine Politik der »ersten Person«. Das ist nicht im identitären Sinne gemeint. Unser Widerstand geht von der eigenen Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse aus. Wir intervenieren nicht in Politikfelder »hinein«, sondern begreifen uns als Teil der Auseinandersetzung. Und das nicht zuletzt um lebenswerte Verhältnisse für uns selbst zu schaffen. So sind beispielsweise soziale Auseinandersetzungen um Arbeits- und Studienbedingungen, Hartz IV oder Gesundheitsreform auch Kämpfe für die eigenen Lebens- und Widerstandsbedingungen als Teil des Kampfes ums Ganze.

Die gesellschaftlichen Bedingungen und die darüber ausgeübten Zwänge, denen auch die »erste Person«, sprich wir selbst, unterworfen sind, haben sich jedoch verändert. Die Schwierigkeit und der Druck, das Leben und die eigene Reproduktion so zu organisieren, dass Widerstand lebbar ist, haben zugenommen. Die Frage ist nun: Werden wir diesen Veränderungen in unserer Politik gerecht? Wie kann heute eine radikale Unversöhnlichkeit mit den Verhältnissen wirkungsvollen Ausdruck finden? Wo ist unser Sprechort in gesellschaftlichen Konflikten, von dem aus wir unsere Vorstellungen gemeinsam mit anderen entwickeln? Haben wir uns mittlerweile zu sehr in unsere Nischen zurückgezogen und mit dem eisigen Draußen abgefunden? Besetzte Räume wie die

*WAS MÜSSTE PASSIEREN,
DAMIT AUTONOME POSITIONEN
GRÖßERE GESELLSCHAFTLICHE
WIRKUNGSMACHT ERLANGEN?*

Rote Flora in Hamburg sind wichtig. Sicher, Nischen können ein Testfeld dafür sein, Utopien zu leben. Sie bieten Freiräume. Aber wenn aus dem Experimentieren ein Stagnieren wird, ist das ein

Zeichen dafür, dass wir mit unserem Widerstand nicht weiterkommen.

Wir denken, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bestehenden und der eigenen Rolle darin ist (nicht neu, aber) dringend nötig: Was hat mein soziales Leben mit dem der Menschen neben mir zu tun? Warum bin ich in vielen Fragen des Alltages isoliert, und wie kann die neoliberale Vereinzelung durchbrochen werden? Wie können alternative kollektive Lebens-Konzepte für viele zugänglich sein?

Verbleiben unsere Utopieentwürfe nur im Rahmen des Bestehenden (z.B. Mietshäusersyndikat, Gemeinschaftseigentum, Finanzkollektive) oder können wir eine gesellschaftliche Verallgemeinerung und offensive Ausweitung über diesen Rahmen hinaus denken? Sind wir bereit, unsere eigene soziale

Situation in ein Verhältnis auch zu globalen sozialen Ungerechtigkeiten zu setzen und daraus Konsequenzen zu entwickeln? Sind wir darüber hinaus generell dazu bereit, die diversen Facetten unseres eigenen Privilegiertseins anzuerkennen, zu benennen und dann auch zu bekämpfen?

Im Alltag bedeutet das konkret: Wie kann z.B. das

Überleben im Alter geregelt werden, wenn staatliche Versorgung nicht vorhanden ist? Wie können wir uns (auch im Alter) mit unseren Nachbarn zusammentun und »Banden« bilden, wie z.B. Kämpfe um Wohnraum vorantreiben? Wie können wir militante Positionen durch den Aufbau radikal bestimmter Bündnisse und durch das Einberufen von Uni-, Betriebs-, oder Stadtteil-Versammlungen verallgemeinern? Was sind überhaupt radikale Bündnisse? Und wo haben wir blinde Flecke oder gar gänzlich tote Winkel? Soziale »Alltags-Angelegenheiten«, wie z.B. im Rahmen von Hartz IV, Gesundheitsreform, Rente, Gentrifizierung sind Bereiche, in denen wir radikale Standpunkte mit anderen gemeinsam entwickeln und von und mit anderen lernen können.

Vielfach sind »die Autonomen« heute nur eine Reproduktion von Bildern. Sie sind in der BRD als unvermeidbares Übel eingeplant. Es wird zwar nicht als schön erachtet, wenn Banken entglast werden und Autos brennen, aber stört es wirklich? Die politischen Auswirkungen über den sceneinternen Bezugskreis hinaus sind gering. Wollen wir den Laden zum Erliegen bringen? Oder will mensch den geschäftsmäßigen Ablauf des Ladens nur (hinnehmbar) stören? Wie veränderungswillig sind wir? Streben wir nach wie vor entschlossen und tatkräftig an, die Gesellschaft, aber auch uns selber zu verändern, oder haben wir uns arrangiert und verharren in unseren selbst geschaffenen, aber begrenzten Freiräumen?

Wir (die hier Diskutierenden) wollen uns mit einer offenen radikalen Politik selbstbewusst in Gesellschaft einmischen, ohne unsere Positionen zu verwässern. Aus diesen Betrachtungen heraus fragen wir: Müssen sich die Ansätze autonomer Politik verändern? Ist eine Veränderung der Politik der ersten Person notwendig, nicht insofern, dass sie nicht mehr die Politik der ersten Person sein sollte, sondern, dass sie sich auf die veränderten Bedingungen beziehen muss? Welche Perspektiven sehen wir? Welche Strategien können wir entwickeln?

WIR STEHEN DAZU – MILITANZ

selbstverständlich(,) emanzipativ!

WIR WÜNSCHEN UNS DIE WIEDERERLANGUNG EINER MILITANTEN SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT – IM ALLTÄGLICHEN WIDERSTAND UND AUCH IN UNSEREN DISKUSSIONEN. EINE SELBSTBEWUSSTE NORMALISIERUNG UND VERBREITETERE EINÜBUNG UND AUSÜBUNG VON EMANZIPATIVER MILITANZ.

Ein militantes Selbstverständnis drückt sich unserer Meinung nach nicht alleinig in der Zuneigung gegenüber dem Straßenriot bei Massenevents oder gegenüber hoch konspirativer Nacharbeit aus. Wir können nicht bestimmen, welche Aktionen isoliert gesehen, militant sind, vielleicht geht es eher um die militante Haltung, die sich in der Aktion ausdrückt. In diesem Sinne wäre Militanz weder einfach ein bloßes Mittel, noch ein Ersatz für Politikinhalt. Wenn wir zivilen Ungehorsam, Massenmilitanz und Sabotage zusammendenken und nach den Haltungen fragen, die sich dort ausdrücken, geht es vielmehr um Nichtintegrierbarkeit, Antistaatlichkeit, relativ konsequentes Handeln und das Wissen um mögliche Konsequenz im Bezug auf Repression. Wenn sich diese Haltungen vermitteln, lässt sich so auch ein Bogen zwischen den oft isolierten Einzelkämpfen schlagen. In diesem Sinne ist eine Hierarchisierung verschiedener Aktionsformen nicht nur unsinnig sondern schädlich. Eine Zuspitzung unserer Kritik an den herrschenden Verhältnissen kann sich auf verschiedene Weise ausdrücken: Die Entschiedenheit beim verbalen Rauswurf einer provozierenden Rassist_in aus der S-Bahn, oder ein konsequentes Einschreiten bei sexistischem Gemackere zählen genauso zur (alltags-) militanten Grundhaltung. Ebenso wie ein selbstbewusstes Pressestatement zu den heftigen Ausschreitungen auf der Großdemo in Rostock beim G8-Gipfel 2007, in dem die Konfrontation mit der Polizei nicht als Reaktion der Demo in Selbstverteidigung sondern als Ausdruck realer (sozialer)

Auseinandersetzungen dargestellt wird. Militante Aktionen messen sich in diesem Verständnis nicht an dem lauten Effekt, sondern daran, was sie transportieren und was sie tatsächlich bewirken.

Im besten Fall ist Militanz in soziale Zusammenhänge eingebettet. Es geht uns nicht darum, das »widerspruchslose Leben« zu behaupten oder gar als Voraussetzung für eine militante Haltung zu proklamieren. Keine Frage, niemand lebt in diesen Verhältnissen widerspruchslos. Es geht auch nicht darum, Militanz allein an den Grad des Repressions-Risikos zu koppeln. Wir stehen nicht an der Schwelle zur Revolution, sodass ein »wir müssen nur stärker wollen« zur »angemessenen« Entschiedenheit führt. Wenn wir von einer militanten Haltung sprechen, meinen wir damit, dass WIR SELBST entscheiden, welche Mittel gerade angemessen sind, statt politisches Handeln entlang von Fragen nach dem Legalen, nach dem Opportunen oder nach dem Konventionellen auszurichten.

Auch wenn Militante das staatliche Gewaltmonopol aktiv in Frage stellen, ist eine »Debatte um Militanz« für uns mehr als die Reduktion auf die in vielen Kontexten leidvoll geführte »Gewaltfrage«. Wo bitte gibt es gewaltfreie Räume? Statt definierender Diskussionen über (die Legitimation von) »Gewalt« im Abstrakten, wünschen wir uns eine politisch bestimmte Debatte um selbstermächtigende Politikansätze und über die Praxis direkter Aktionen

*WENN AKTIONSFORMEN EINE
UNVERSÖHNLICHE HALTUNG
AUSDRÜCKEN UND DARAUFG
ZIELEN, DINGE HIER UND JETZT
KONKRET ZU ÄNDERN, SIND SIE
MILITANT.*

und deren Möglichkeiten in ihrem Wechselspiel mit anderen Formen und Ansätzen.

Wir halten trotz aller Sicherheitsbedenken eine Diskussion über Militanz (auch auf einem Kongress für autonome Politik) für möglich. Dabei kann es um

1. Einen sehr allgemeinen Zugang zur Wiedergewinnung eines militanten Grundverständnisses und
2. um konkrete Bedingungen für militantes Agieren und dessen Vermittlung sowie
3. um das Herausbilden einer antipatriarchal bestimmten und praktizierten Militanz gehen.

Der Gewinn einer solchen breiten Debatte wäre für uns, einer oft betriebenen Fetischisierung entgegenzuwirken und statt dessen zu einer Selbstverständlichkeit in der Ein- und Ausübung von Militanz und deren offensiver/selbstbewusster Vermittlung zu kommen.

WECHSELSPIEL MILITANTER UND NICHT-MILITANTER AKTIONSFORMEN

Militante Aktionen können zwar für sich stehen und sprechen. Ihre politische Wirkungsweise entfaltet sich häufig jedoch im Kontext anderer (nicht-militanter) Aktionen und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Diskurse. Letztere können ebenso durch ein selbstbewusstes Vertreten militanter Positionen beeinflusst werden. Wir würden gerne verschiedene Aspekte militanter Praxis konkret an einigen Beispielen diskutieren und suchen mit Euch nach verantwortbaren Möglichkeiten dazu (ohne, dass Leute ihren persönlichen Bezug zur Praxis offen legen):

Wenn eine angekündigte Umsonstfahr-Kampagne mit einem gesprengten Fahrkartenautomat beginnt, muss das nicht zwingend ein fulminanter Auftakt sein. Nicht jede Kampagnen-Aktivist_in wird sich für diesen militanten Start-Beitrag bedanken. Das Ver- oder Bekleben des Münzeinwurfs eines Fahrkartenautomaten mit »DEFEKT«-Aufklebern als Auftakt kann vermutlich leichter für eine Verbreiterung des Umsonst-Fahrens sorgen. Das heißt, eine Zuspitzung durch militante Aktionen sollte möglichst nicht nur vermittelbar sein, sondern auch in ihrem Effekt auf die Dynamik von Bewegung durchdacht werden.

Im Themenfeld Antimilitarismus hat es in den letzten Jahren zahlreiche militante Interventionen gegeben. Warum drückt sich diese Intensität nicht auch in vielfältigen öffentlichen Aktivitäten (mit hoher Beteiligung) aus? Ein Beispiel: Unabhängig welchen Anteil die DHL-Kampagne am (vorläufigen) Ausstieg des Konzerns aus der Bewerbung um den Bundeswehr-Großauftrag hatte; vermutlich erhöht die DHL-Kampagne zumindest die öffentliche Sensibilität gegenüber der Vielzahl von Beispielen engmaschiger zivil-militärischer Zusammenarbeit. Wir fragen ungeachtet dieses Erfolgs, ob der sehr massive, ungewöhnlich militante Kampagneneinstieg

mitverantwortlich dafür ist, dass nur wenige Gruppen seit Sommer 2009 öffentlich, nicht-militanten Protest am Militärgeschäft der DHL artikulieren? Wie können hier unterschiedliche Protestformen nicht nur unverbunden nebeneinander stehen, sondern selbstbewusst, solidarisch aufeinander Bezug nehmen? Unter welchen Bedingungen sind andere Akteur_innen abgeschreckt? Wie kommt es hingegen, dass das »Abrüsten von Militärgerät« mittlerweile auch bei Friedensbewegten und anderen Nicht-Militanten unter der Formel (verkürzt): »Was in Deutschland unschädlich gemacht wird, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten« akzeptiert wird?

Warum finden Aufstände, wenn sie » ganz weit weg« stattfinden eine weit über die radikale Linke hinausgehende Akzeptanz bzw. Bewunderung? Lässt sich an diese Akzeptanz anknüpfen?

Welche Chancen sehen wir, die (in Deutschland) recht eng gesteckten Grenzen für gesellschaftlich akzeptierten »zivilen Ungehorsam« so auszuweiten, dass eine breitere Akzeptanz für aktivere Formen von Blockade und Sabotage erzeugt werden kann? Dies war z.B. eine der Zielsetzungen der Kampagne Castor Schottern 2010. Können wir uns Aktivitäten (und Akteur_innen!) eines solchen »erweiterten« zivilen Ungehorsams vorstellen, die eine Abgrenzung zur Militanz aufzulösen suchen, statt diese zu zementieren?

Wenn Aktionsformen eine unversöhnliche Haltung ausdrücken und darauf zielen, Dinge hier und jetzt konkret zu ändern, sind sie militant. Das zu benennen halten wir für sinnvoller, als militante Aktionen ins Reich des »Friedlichen« zu integrieren und damit diskursiv zu befrieden. Durch eine breite aber nicht verwässerte Bestimmung militanter Aktionen können wir die das enorme Spaltungspotential durchbrechen, das immer wieder entlang der Linie militant/friedlich entsteht.

Dabei geht es gar nicht so sehr um das Pushen eines Begriffs, sondern um das der beschriebenen Haltung, also darum, Menschen einerseits zu ermutigen, die Mittel der Auseinandersetzungen frei und verantwortungsvoll selbst zu wählen und andererseits darum, jenseits der sich selbst als militant Beschreibenden die Militanz anderer (Stichwort: wilde Streiks) anzuerkennen und ggf. von ihr zu lernen.

Hier gilt es wohl auch anzuerkennen, dass »wir« uns es meist aussuchen können, militant zu sein und zudem viele entweder individuelle oder kollektive Möglichkeiten haben, die Folgen abzumildern bzw. die Repressionen oft schlicht nicht die gleichen sind wie die, mit denen es weniger Privilegierte zu tun haben. Autonome Zusammenhänge in Deutschland sind dominant weiß, männlich, hetero, jung und sozial privilegiert. Militant sein heißt auch, das Prinzip der Privilegierung zu zersetzen. Sonst kann Militanz in Abgrenzung zu anderem leicht zur Selbstgerechtigkeit werden.

VERMITTLUNG UND DIFFAMIERUNGSANFÄLLIGKEIT

Bestenfalls vermittelt sich eine (militante) Aktion

ohne die Notwendigkeit von erklärenden Worten, über politische Analyse, Haltung, Aktionsziel und -form. In einer Phase, in der militante Praxis (immer noch) vollständig marginalisiert von scheinbar wenigen betrieben wird, ist es für Polizei und Politik jedoch ein leichtes, viele solcher Interventionen als »unpolitische Zerstörungswut« oder irre Verzweiflungstaten zu stigmatisieren und damit zu entwerten. Ein Großböllner auf der Krisendemo Juni 2010 in Berlin, der Angriff auf die Lerchenwache der Hamburger Polizei, die Axt im Tisch der Sachbearbeiter_in eines Jobcenters – medial alles das gleiche, nämlich »unverantwortliche« Taten von völlig Fehlgeleiteten, die sich in jeder Hinsicht ins Aus bezüglich einer zivilgesellschaftlich akzeptierten Streitkultur stellen. Nicht selten wird militantes Agieren in der reaktionären Presse als »Linksterrorismus« diffamiert. Abgrenzungen von Bündnispartner_innen diskreditieren militante Aktionen leider oftmals zusätzlich. Oder – auch nicht hilfreich – militante Aktionen werden schlicht nicht erwähnt, fallen unter den Tisch.

Eine Einbettung militanter Aktionen in einen breiteren Kontext, günstigenfalls in Form einer engen Verknüpfung mit nicht-militanten Aktivitäten erhöht die Vermittelbarkeit und kann einen Schutz vor Diffamierung und Entpolitisierung darstellen. Und eine selbstbewusste, offensive Vermittlung von militanter Politik kann dazu beitragen, dass politische Handlungsspielräume auch in Richtung Militanz eröffnet werden. Sie kann Sichtbarkeiten herstellen. Sie kann dazu beitragen, die Angst zu verlieren.

MILITANZ UND MILITARISMUS

Während sich Militanz, wie wir sie verstehen, politisch bestimmt, betreibt der Militarismus eine Fetischisierung von Zerstörung oder »Gewalt«. Oder anders formuliert: Militante Politik kann sich der Mittel der »Gewalt« bedienen, ist aber nicht zwangsläufig mit dieser verknüpft, »Gewalt« hingegen ist in all ihren Ausprägungen nur in den seltensten Fällen militant. Entschlossenheit ist nicht identisch mit der Heftigkeit des vermeintlich »gewaltigen« Aktionsmittels. So kann die politische Wirkung eines Molliwurfs gegen eine feuergesicherte Fassade genauso verpuffen, wie dessen unmittelbare Brennwirkung. Der Wunsch, mehr Unversöhnlichkeit zum Ausdruck zu bringen, als »nur« einen Farbbeutel zu werfen, entspringt unter Umständen eher unserem Gefühl von Ohnmacht - z.B. die Ohnmacht, nicht in der Lage zu sein, das betreffende Objekt wirklich materiell zerstören zu können, oder auf anderem Weg eine vergleichbare politische Wirkung zu erzielen.

Die bisherigen, uns bekannten »Gasaki«-Anwendungen in Deutschland (Gaskartuschen-Brand/Sprengsätze) folgten unter Umständen ebenfalls einem fragwürdigen »hell und laut=krass«-Fetisch. Die Vorzüge eines sich ruhig entwickelnden Feuers bei einem nicht detonierenden Brandsatz setzen zu-

mindest ein Fragezeichen, wo genau der sinnvolle Anwendungsbereich dieser »neuen Qualität« von Brand/Sprengsätzen liegen mag.

Mit dem Wunsch, manchen Aktionen eine höhere symbolischen Wirkung zuzusprechen, wird oft auch sprachlich »aufgerüstet«. Im militarisierten Sprachjargon wird aus einer bunt markierten Fassade gerne ein »Farbanschlag« - und das nicht nur bei den Boulevardmedien, sondern auch in unserer eigenen Berichterstattung.

Wenn im Rahmen einer heftigeren Konfrontation mit den Bullen auf einer Demonstration gerufen wird »Jetzt bitte die Frauen raus aus der ersten Reihe«, ist dies ebenfalls Ausdruck einer militarisierten / Macker-»Militanz«, deren Selbstverständnis wir für keineswegs militant (im emanzipativen Sinne) halten.

Vielleicht zeigt sich hingegen im Bereich Antimilitarismus am besten, was wir mit antipatriarchaler Militanz meinen. Das Ziel dieser Militanz ist es, Herrschaft zu zersetzen (und damit eben auch immer patriarchale Herrschaft), statt Macht zu erringen, soziale Prozesse in Gang zu setzen, statt Avantgarderollen einzunehmen, einzugreifen, statt Militanz-Ästhetik zur Attitüde zu machen.

Kurz: Militanz, wie wir sie verstehen, hat nichts, aber auch gar nichts mit Militarismus zu tun. Noch mehr: Unsere Militanz sollte sich gegen jede Form des Militarismus samt seiner Ästhetiken wenden.

VERANTWORTLICHKEIT UND ZIELGENAUIGKEIT

In weniger bewegten Zeiten ist mensch geneigt, sich über nahezu jeden Aktionsbeitrag zu freuen. Wir halten eine emanzipatorische Ziel- und Mittelbestimmung für unabdingbar und wünschen uns eine (selbst-)kritische Bewertung militanter Praxis zugunsten einer Verbreiterung militanter Widerstands. Unser Anliegen: Keine unvorsichtige, aber eine selbstbewusste militante Haltung.

Da autonome Akteur_innen eigenverantwortlich handeln, gibt es keinen universellen Maßstab für Verantwortbarkeit der Aktionsformen unter den spezifischen Aktionsbedingungen. Kriterien für militantes Handeln sind trotz des verständlichen Wunsches nach Anonymität vermittel- und diskutierbar. In Bezug auf die zuvor erwähnten detonierenden Brandsätze (Gasaki) z.B. muss eine verantwortungsvolle Einführung des (in Deutschland relativ neuen) Aktionsmittels die Gefahren der Sprengwirkung untersuchen und detailliert beschreiben.

Eine für uns nicht verhandelbare Grundbedingung militanter Agierens ist, die Gefährdung von Menschenleben auszuschließen. Dazu gehört, unzählige, unwahrscheinliche Szenarien gedanklich durch zu gehen und zu berücksichtigen. In diesem Sinne war der 5. Mai 2010 in Griechenland der absolute GAU. Während riesiger Krisenproteste sterben

drei Bankangestellte in einer in Brand gesetzten Bank. Ohne die genauen Umstände zu kennen, haben wir die Befürchtung, dass ähnliches beim Hotelbrand während des NATO-Gipfels 2009 in Straßburg hätte passieren können.

Mit der Zielgenauigkeit im militanten Kontext meinen wir eine politisch bewusste Wahl der Ziele (materielle und symbolisch Bedeutung) sowie der dazu verwendeten Mittel unter Berücksichtigung der damit verbundenen »Risiken und Nebenwirkungen«. Es ist vermutlich unstrittig, dass brennende Nobelkarossen das Thema Gentrifizierung in der breiten Öffentlichkeit gesetzt oder zumindest präsender gemacht haben. Über den politischen Schaden sogenannter »Beifänge« (ungewollt mitabgefacelte Fahrzeuge) lässt sich sehr wohl streiten.

Bei der militanten Selbsthilfe gegen ausgrenzende »Stadtaufwertung« sind die Eigentums-Neubauten »linker Baugruppen« ebenfalls im Visier der Gentrifizierungsgegner_innen. Hierbei war scheinbar etwas Hintergrundvermittlung notwendig, damit diese Ziele nicht als »Kollateralschäden« zügelloser Konfliktbereitschaft missverstanden werden, sondern als bewusst gesetzte provozierende und sensibilisierende Akzente zur Thematisierung der Eigentumsfrage. Mit der Identifizierung weiterer Gentrifizierer_innen neben den Yuppies von Carloft und Co, stellt sich allerdings die Frage nach angemessener Schwerpunktsetzung und Mittelwahl unserer Kämpfe.

PERSPEKTIVE?

Zu Recht wird häufig auf eine fehlende gesellschaftliche Perspektive auch in militanten Auseinandersetzungen hingewiesen. Aktionen stehen isoliert, intervenieren in Teilbereiche, vermögen es aber nicht auf andere Teilbereichskämpfe zu verweisen, geschweige denn, eine Gesamtperspektive zu vermitteln. Aber muss eine solche Perspektivdebatte nicht unabhängig von einer Militanzdebatte geführt werden? Es ist u.E. nicht alleine der Job der Akteur_innen militanter Politik, gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln. Diese Überlegungen müssen breiter angestrebt werden. Das »Warum überhaupt« oder »Wohin« oder »Was gibt es eigentlich zu gewinnen?« muss kollektiv von einer Bewegung ausgehen. Aber selbst wenn wir konstatieren würden, es gäbe momentan keine gesamtgesellschaftliche Perspektive (mehr), dann würde das militante Politik keineswegs diskreditieren.

MEHR ALS NUR ZUSEHEN

Die aktuellen Aufstände und die Frage der Solidarität

DIESER VIERTE FÜR DEN KONGRESS VORGESEHEN THEMENBLOCK HAT SICH RECHT KURZFRISTIG WÄHREND DER VORBEREITENDEN DISKUSSIONEN HERAUSKRISTALLISIERT. DIE AUFSTÄNDE UND KÄMPFE IN TUNESIEN, ÄGYPTEN, LIBYEN, SYRIEN, DEM JEMEN, UM NUR EINIGE ZU NENNEN, DIE IN IHREM AUSMASS UND IHRER VEHEMENZ NICHT NUR UNS IN DEN VERGANGENEN MONATEN ÜBERRASCHT HABEN, WERFEN EINIGE FRAGEN AUF. FRAGEN, DIE WIRD NICHT NUR SPANNEND UND WICHTIG FINDEN, SONDERN VON DENEN WIR AUCH DENKEN, DASS SIE GUT AN DAS GESAMTKONZEPT DES KONGRESSES ANSCHLIESSEN

1. Zum einen kann eine Diskussion über die aktuellen Ereignisse, ihre Bedeutung und die Frage nach sinnvollen autonomen Positionen dazu die Debatte, die in Block 2 geführt werden soll, an einem Thema noch mal konkreter werden lassen. D.h., wenn wir über eventuell zu verändernde Perspektiven, Strategien und Bestimmungen autonomer Politik reden, wäre die Frage, wie inter- oder transnationale (hier fängt der Diskussionsbedarf schon an) Solidarität heute gedacht und vor allem praktiziert werden kann, ein guter Ansatzpunkt, um das an einem Aspekt zu vertiefen.

2. Zum andern geht es bei diesem Thema natürlich auch um die Frage der Analyse. Wenn in Block 1 aktuelle Herrschaftspolitik, Ideologieproduktion und gesellschaftliche Spaltungsprozesse angeschaut werden sollen, kann der Blick darauf am Thema »Aufstände in Nordafrika und andernorts« noch einmal über den Tellerrand der bundesdeutschen Zustände hinaus erweitert werden. Die Verwerfungen und Zwistigkeiten, die beispielsweise innerhalb der EU aber auch der Nato aufgetreten sind, und die Schwierigkeiten, die diese Organisationen wie die einzelnen Regierungen haben, ihre strategischen und ökonomischen Interessen vor dem Hintergrund sich überraschend verändernder und unklarer Machtverhältnisse neu zu definieren und ihre Politik kurzfristig darauf abzustimmen, sind äußerst aufschlussreich.

3. Zuletzt ist unserer Einschätzung nach das Thema auch im Hinblick auf die Frage der Praxis diskutierenswert. Für uns zwar nur medial vermittelt und durch die eigene Unkenntnis der politischen Situation und der vorangegangenen Konflikte und Kämpfe in den genannten Ländern verzerrt wahrnehmbar, machen die Menschen dort gerade sehr konkrete Erfahrungen mit Aufstandspraktiken, der Organisation von Widerstand, dem Umgang mit Repression, der Notwendigkeit, in einer sehr dynamischen Situation mit sehr unterschiedlichen Akteur_innen Forderungen und Vorstellungen erarbeiten zu müssen, die wir nicht ignorieren sollten.

So gut sich also dieser Block in das Kongresskonzept einfügen lässt, so wenig ist er aber bis jetzt von Seiten des Vorbereitungskreises noch vorbereitet. Das soll sich bis zum Kongress zwar selbstverständlich ändern, aber für den Reader gibt es noch keinen Text, der so gut diskutiert ist, dass er als gemeinsamer Vorschlag zur Eingrenzung der Diskussionsfelder durchgehen würde. Deshalb findet ihr im Anschluss nun zwei Texte, die hoffentlich Anregung genug bieten, um für den Themenblock 4 »zu werben«.

WAS HEISST HEUTE NOCH SOLIDARITÄT?

Die europäische Linke und die Aufstände in der arabischen Welt

»MICH BESCHÄFTIGT NICHT SO SEHR, WER DER NÄCHSTE PRÄSIDENT WIRD, WEIL SO LANGE, WIE DAS SYSTEM DASSELBE BLEIBT, WIRD DER PRÄSIDENT VERDORBEN. SOGAR ICH WÜRDE KORRUMPIERT, SOLLTE ICH ZUM PRÄSIDENT IN DIESEM SYSTEM GEWÄHLT WERDEN. WIR MÜSSEN ALSO DAS SYSTEM ÄNDERN.« NAWAL AL-SAADAWI, 2010 (ÄGYPTISCHE FEMINISTIN)

Der Tod des jungen Tunesiers Mohammed Bouazizi, der sich im Dezember aus Verzweiflung über Behördenwillkür und Perspektivlosigkeit selbst angezündet hatte, wurde zum Fanal für eine Aufstandsbewegung, die sich in der gesamten arabischen Welt ausbreitete und bis heute andauert. Von Tunesien über Ägypten, Libyen, Syrien bis nach Bahrein und Jemen kämpfen Menschen für Brot, Würde, Gerechtigkeit und Freiheit. Hunderttausende widersetzen sich Polizei und Militär und setzten dabei ihr Leben auf Spiel.

Wir in Europa verfolgen die Aufstände beinahe live über die Medien, bleiben aber Zaungäste. Aktive Solidarität weitgehend Fehlangebe. Aktiv wurden bisher vor allem Menschen in der Region selbst, beispielsweise Tunesier, die an die Grenze eilten und Flüchtlinge aus Libyen mit Lebensmitteln versorgten sowie Migrant/-innen aus der Region, die in Europa leben. Sie solidarisierten sich spontan mit den Aufständischen und protestierten auch mit direkten Aktionen bei diplomatischen Vertretungen. Und dies zum Teil sehr erfolgreich: nach der Besetzung der libyschen Botschaft in Frankreich trat der Botschafter zurück. Die ausbleibende Solidarität linker europäischer Aktivist/-innen ist irritierend, schließlich gibt es Gründe genug, sich zu empören, über die brutale Gewalt, den Terror, die Armut, den Raub von Ressourcen, das Schengen-System und nicht zuletzt über die Heuchelei und Doppelmoral westlicher Politik sowie die Militärintervention der NATO. Aber dazu später.

Positiv anzumerken ist, dass es einige Solidaritätsadressen gab, irritierend ist jedoch, wie vage sie bleiben und dass Vorschläge für praktische Solidaritätsaktionen ausbleiben. »Die Aufstandsbewegungen im Maghreb machen Mut und Hoffnung, nicht nur weil despotische Regime verjagt werden, die vor kurzem noch unüberwindbar erschienen. So offen die weiteren Entwicklungen bleiben, im Dominoeffekt der tunesischen Jasminrevolution meldet sich in atemberaubender Schnelligkeit die alte Erkenntnis zurück, dass Geschichte von unten gemacht wird«, heißt es im Aufruf »Freiheit statt Frontex« von Anfang März, den über 200 Personen und zahlreiche Organisationen unterzeichnet haben (http://afrique-europe-interact.net/?article_id=429&clang=0). Am Schluss heißt es optimistisch »Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen.« Was die Autor/-innen unter transnationalen Kämpfen verstehen, wird nicht näher ausgeführt. Auch die Interventionistische Linke (IL) bleibt in ihrer Erklärung äußerst vage (<http://www.dazwischengehen.org/story/2011/02/die-erfahrung-gemeinsamer-revolte-kann-euch-und-uns-alle-nicht-mehr-genommen-werden>): »Wir versprechen, uns den Mut der Demonstrant/-innen in Tunis, Kairo, Amman und Sanaa zum Beispiel zu nehmen: Wir wissen, wie viel zu lernen, wie viel noch zu tun bleibt. -Plätze finden sich überall.«

»Ja, wir müssen Schüler/-innen dieser Bewegungen werden und nicht ihre stupiden Professoren«, meint der in Rabat geborene und in Paris lebende Philosoph Alain Badiou. (http://www.grundrisse.net/grundrisse37/alain_badiou__tunesien.htm)

»Denn sie beleben mit der eigenen Genialität ihrer Erfindungen einige Prinzipien der Politik, von denen man uns seit längerem zu überzeugen versucht, das sie veraltet sind; insbesondere jenes Prinzip, das Marat nicht aufhörte uns in Erinnerung zu rufen: Wenn es um Freiheit, Gleichheit und Emanzipation geht, verdanken wir alles den Volksaufständen. Die tunesischen und ägyptischen Völker sagen uns: Sich erheben, an einem öffentlichen Ort den Kommunismus der Bewegung aufbauen, ihn mit allen Mitteln verteidigen, indem sukzessive Aktionschritte erfunden werden, das ist die Wirklichkeit einer populären Politik der Emanzipation. Es sind sicher nicht nur die Staaten der arabischen Länder, die gegen das Volk agieren und im Grunde, ob mit oder ohne Wahlen, illegitim sind. Wie auch immer die Entwicklung sein wird, der tunesische und der ägyptische Aufstand haben eine universelle Bedeutung. Sie eröffnen neue Möglichkeiten, deren Wert international ist. ... »Der Du da bist, verschwinde!« Die außerordentliche Bedeutung der Revolte - ihre kritische Kraft - ist, dass diese von Millionen Menschen wiederholte Losung den unzweifelhaften und unumkehrbaren ersten Sieg misst: die Flucht des so adressierten Mannes. Und was auch immer danach passiert, dieser Triumph der Aktion des Volkes, illegal in seiner Natur, wird für immer siegreich sein.« Auch wenn Badouis Begriffs vom »Volk« zu kritisieren ist, trifft der ehemalige Maoist ansonsten den Nagel auf den Kopf.

Die Stärke der Aufstände in Tunesien und Ägypten war, dass keine Partei, keine hegemoniale Organisation oder anerkannte Sprecher/-in in Erscheinung trat. Die Menschen organisierten sich selbst. »Beginnend mit heute, den 25. Jänner, nehme ich die Angelegenheiten meines Landes in meine Hände,« zitiert Badiou einen jungen Ägypter. Dieser Aufstand sei generisch, d.h. jede/r kann Militante/r sein, unabhängig von seiner/ihrer Herkunft. Die Erfahrung der gemeinsamen Stärke und Solidarität wird den Aufständischen niemand mehr nehmen können, auch wenn die politischen und ökonomischen Folgen nicht abzusehen sind. Auch die sozialen Veränderungen und Brüche, die mit der Revolte eingeleitet wurden, werden die Gesellschaften langfristig verändern. »Junge Frauen, Ärzt/-innen, die aus der Provinz gekommen sind, um die Verletzten zu behandeln, schlafen in der Mitte eines Kreises von schüchternen jungen Männern«, berichtet Badiou vom Tahrirplatz: »Und die Frauen sind gelassener als sie es jemals waren; sie wissen, dass niemand ihnen auch nur ein Haar krümmen wird. Eine Organisation von Ingenieur/-innen wendet sich an die Jungen aus den Vorstädten: sie sollen ihnen helfen den Platz zu halten und die Bewegung mit ihrer kämpferischen Energie schützen. Eine Reihe von Christ/-innen hält stehend Wache, um in ihre Gebete versunkene Muslime zu schützen, Händler/-innen geben Arbeitslosen und Armen Essen. Jeder redet mit seinem unbekanntem Nachbarn. Tausende Spruchbänder sind zu lesen, in denen sich das Leben einzelner bruchlos mit der großen Geschichte aller vermengt. Die Menge dieser Situationen, dieser Erfindungen konstituieren den Kommunismus der Bewegung.«

Die Aufstände fordern bis heute zahlreiche Opfer, Tote, Verwundete und Gefangene. »Überall wird von der friedlichen Ruhe der gigantischen Demonstrationen gesprochen, und diese Ruhe wird mit dem Ideal der repräsentativen Demokratie verbunden, mit der die Bewegung etikettiert werden soll«, empört sich Badiou über die Berichterstattung in den westlichen Medien. »Stellen wir jedoch fest, dass es Hunderte von Toten gab und es jeden Tag weitere Tote gibt. In vielen Fällen waren diese Toten die Kämpfer und Märtyrer der Initiative und anschließend des Schutzes der Bewegung selbst. Die politischen und symbolischen Orte des Aufstands konnten nur um den Preis von grausamen Kämpfen gegen die Milizen und die Polizei des bedrohten Regimes gehalten werden. Und wer, wenn nicht die Jungen aus den ärmsten Bevölkerungsschichten, hatte hier mit ihrem bzw. seinem Leben zu bezahlen?« Militante Gegenwehr ist unvermeidlich, die Vorstellung von einer friedlichen Revolution ein bürgerliches Ideal, das die alltägliche Gewalt des kapitalistischen Systems negiert.

Die westliche Etikettierung des Aufstandes in Tunesien als »Jasminrevolution« ärgert viele Tunesier, sagt der tunesische Dichter Tahar Bekri (<http://www.taz.de/1/leben/buch/artikel/1/treffender-waere-kaktusrevolution/>). Das erinnere zu sehr an touristische Folklore. »Und vielen hat der Tourismus bisher nichts eingebracht. Der Jasmin ist ja auch eher ein Symbol der wohlhabenden Regionen. Der Aufstand aber kam aus den abgelegenen, armen Gegenden, Kasserine und Gafsa, wo nicht der Jasmin blüht, sondern nur der Kaktus wächst. »Feigenkaktusrevolution« wäre darum eigentlich treffender.« Die Aufstände entwickelten sich spontan, griffen erst später auf das Zentrum des Landes, Tunis und die übrigen Hafenstädte am Mittelmeer über und fielen nicht vom Himmel. Ausgelöst wurden sie Ende Dezember durch eine Arbeitslosenrevolte in der Provinz. Bei der Organisation der Bewegung spielten kleine gewerkschaftliche Basisorganisationen, die seit 2008 an den Revolten in den tunesischen Phosphatgebieten bei Gafsa beteiligt waren, eine entscheidende Rolle. So war es sicher kein Zufall, dass die Demonstrationen in Tunesien meistens vor den Gewerkschaftshäusern begannen. Eine wichtige Rolle innerhalb der Aufstandsbewegungen Tunesiens und Ägyptens hatten außerdem Menschenrechtsgruppen, die den Terror von Polizei und Geheimdiensten in den vergangenen Jahren dokumentiert und öffentlich gemacht hatten sowie kritische Intellektuelle. Religiöse Gruppen spielten kaum eine Rolle. Die Auslöser der Revolte, die Selbstverbrennungen verzweifelter Arbeitsloser, stehen im Übrigen im Widerspruch zu orthodox-islamischen und islamistischen Vorstellungen, wonach jede Form von Freitod außerhalb von Kampfhandlungen abzulehnen ist und als schwere Sünde gilt. Westliche Beobachter waren verblüfft, dass die Aufständischen so gar nicht dem Bild von »Muslimen als Terroristen« entsprachen, das sie seit dem 9/11 von den Menschen aus der Region zeichnen. Die Gesichter der Akteure sind vielfältig und stellen nicht zuletzt unsere westlichen Vorstellungen von den Anderen in Frage.

Die europäischen Regierungen verfolgen die Aufstandsbewegungen mit Sorge, schließlich waren Ben Ali und Mubarak wichtige politische Verbündete und gern gesehene Geschäftspartner. Die Region ist nicht nur wegen ihrer Öl- und Gasverkommen für die Industriestaaten des Nordens von strategischem Interesse. Es steht viel auf dem Spiel, nicht zuletzt die Abkommen zur Abwehr und Kontrolle der Migrationsbewegungen zwischen Tunesien, Libyen und der Europäischen Union. Die Region gehört seit einigen Jahren zum Operationsgebiet der EU-Migrationspolizei Frontex. Tatsächlich versuchen seit Beginn der Aufstände immer mehr Boatpeople, die gefährlichen Routen übers Meer zu überqueren. Wie auf dem Tahrirplatz spiegelt sich in den Migrationsbewegungen der legitime Wunsch nach gleichen Rechten, Autonomie und Teilhabe, nicht zuletzt am wirtschaftlichen Reichtum, der seit der Kolonisierung in den Norden transferiert wird.

Die EU reagierte schnell auf die ersten Boatpeople aus Tunesien und startete bereits am 20. Februar auf Lampedusa die Operation »Hermes 2011«. Ein Aufschrei der Empörung über diesen Polizeieinsatz, blieb in Europa bisher aus. Die rassistische Panikmache vor »unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen« verfehlt ihre Wirkung offenbar nicht. Denn tatsächlich profitieren die Bürger Europas in erheblichem Maß von der ungerechten Weltwirtschaftsordnung und dem Armutsgefälle zwischen den beiden Kontinenten, als Konsumenten, Touristen und Geschäftsleute. Proteste gegen die europäische Migrationspolitik sind entsprechend marginal und beschränken sich überwiegend auf die Menschenrechte, während die handfesten Wirtschaftsinteressen kaum in den Blick genommen werden. Dabei liegen sie auf der Hand. Während schwimmende Fischfabriken aus dem Norden vor der afrikanischen Küste die Fischgründe vernichten, damit der Fisch bei uns billig in die Tiefkühltruhen kommt, verhungern afrikanische Fischer, migrieren oder werden zu Schleppern oder Piraten. Weil subventionierte Lebensmittel aus Europa die afrikanischen Märkte zerstört haben, können sich die Menschen dort nicht einmal mehr Brot leisten, wenn die Preise an den Weizenbörsen von London, Chicago, Kansas City, Sydney oder Hannover ansteigen.

Seit den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln und dem Riot in Seattle 2001 gewannen die politische Auseinandersetzungen um die zerstörerische Politik von Internationalem Währungsfond (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) weltweit an Bedeutung und manifestierten sich auch in Europa. Die Antiglobalisierungsbewegung hat ihren Kampf aus einer transnationalen, globalen Perspektive begonnen. Eine wichtige Stimme innerhalb der Bewegung war die EZLN, die am 1. Januar 1994, am Tag des Inkrafttretens des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, fünf Bezirkshauptstädte im Osten von Chiapas besetzte und erklärte, bis nach Mexiko-Stadt zu marschieren um die Regierung zu stürzen. Ihr Ziel einer Revolution in Mexiko verfehlten die Militanten, doch ihr Kampf um Würde und ihre radikale Machtkritik hatten einen enormen Einfluss. Ihr

Motto »Eine andere Welt ist möglich« wurde zum Slogan der Antiglobalisierungsbewegung. Ihr Verständnis für das Verhältnis von Theorie und Praxis, das »Fragend gehen wir voran«, stellt die Kritik vom Kopf auf die Füße.

Die Aufstände im Mittelmeerraum entwickeln eine enorme Dynamik und stellen auch das Verhältnis Afrika – Europa in Frage. Solidarität hier, hieße zuerst, der Forderung nach bedingungsloser Aufnahme von Flüchtlingen (»Nieder mit dem Visa-Regime!«) und Abzug der Frontex-Schiffe aus dem Mittelmeer Gehör zu verschaffen. Aber es geht nicht nur um Bewegungsfreiheit und Präsidenten, sondern um den Kampf gegen eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die den meisten Menschen auf dem Globus ein würdevolles Leben versagt. Die Aufständischen erinnern uns daran, dass Revolution nicht verrückt, sondern möglich und die Macht der Herrschenden nur solange währt, wie wir sie ihnen überlassen. Während die Revolution praktisch vor unserer Haustür stattfindet und es auch innerhalb der Europäischen Union zu Revolten kommt (wie in Griechenland 2008), sind soziale Kämpfe in Deutschland kaum sichtbar. Proteste richten sich hierzulande eher gegen technologische Großprojekte (Stuttgart 21, Atomtechnologie), gegen Nazis und Abschiebungen und für Freiräume (Hausbesetzungen, Wagenplätze). Solidarität mit Kämpfen außerhalb Europas ist nur ein Handlungsfeld von einigen wenigen Aktivist/-innen. Praktische Interventionen zugunsten von Kämpfen außerhalb Europas gibt es kaum. Wollen wir unsere Zuschauerrolle verlassen, werden wir Kontakt aufnehmen müssen, um Möglichkeiten praktischer Solidarität zu erkunden. Die aktuellen Aufstände weisen insofern auch auf eine essenzielle Leerstelle unserer politischen Praxis hin.

Last but not least: Auch wenn die Aufständischen in Libyen mit dem Rücken zur Wand stehen, bleibt es richtig, die Militarisierung der europäischen Politik zu bekämpfen und jede Intervention abzulehnen, denn sie bedeutet Krieg. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass ein militärisches Eingreifen des Westens sich ausschließlich an eigenen Interessen orientiert und nicht am Wohl der Menschen des Südens. Die westeuropäischen Länder haben weite Teile Afrikas bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts kolonisiert, profitieren von der kolonialen Zerstörung der Region und stützen bis heute die Despoten. Den NATO-Strategen geht es nicht um den Schutz von Menschenrechten, sondern darum, revolutionäre Umbrüche in »geordnete Bahnen« zu lenken, über die politische Zukunft Libyens mit zu entscheiden und die Pfründe neu zu verteilen. Auch wenn der Krieg noch nicht entschieden ist, die Militärintervention wird »pro-westliche« Kräfte stärken, die Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Teilhabe, die zu Beginn der Aufstandsbewegung erhoben wurde, wird auf der Strecke bleiben. »Die Militarisierung des Bürgerkriegs bedeutet das Scheitern des Aufstands«, schreibt das unsichtbare Komitee in »Der kommende Aufstand« (<http://linksunten.indymedia.org/node/22964>).

SOLIDARITÄT

Wieso, weshalb, warum ...

AUFSTÄNDE ERSCHÜTTERN DIE ARABISCHE WELT UND DEN MAGHREB. DAS ENDE EINIGER UND DAS WACKELN WEITERER JAHRZEHNTE ALTER DIKTATUREN BEWEISEN DIE MÖGLICHKEIT SCHNELLER VERÄNDERUNGEN. DOCH NICHT NUR ZU DIESEN EREIGNISSEN BEZIEHT DIE RADIKALE LINKE BESTENFALLS ZÖGERLICH STELLUNG.

20 Jahre nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks steckt die kapitalistische Wirtschaft in einer tief greifenden Krise. Eine ganze Reihe von EU-Staaten steht unter der Finanzkontrolle von EU und IWF und es ist ganz und gar nicht ausgemacht wie sich die Finanz- und Eurokrise weiter entwickelt. In mehren europäischen Ländern kommt es sowohl zu massiven Protesten gegen Angriffe auf soziale Sicherungssysteme und Verschlechterung der Lebensbedingungen, als auch zum Erstarken rassistischer und rechtspopulistischer Bewegungen. Die EU- und NATO-Staaten sichern ihre Grenzen gegen die Armen dieser Welt, jagen Piraten und führen Kriege.

Erste Auswirkungen des globalen Klimawandels machen sich ebenso bemerkbar wie das langsame aber sichere Ende der Ölreserven. Die Unfähigkeit staatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen die drängenden Probleme zu lösen, wird immer offenkundiger. Diese Aufzählung von Entwicklungen und Ereignissen soll hier nicht analytisch in einen Zusammenhang gesetzt werden, sondern lediglich die grundlegende Instabilität globaler Verhältnisse feststellen. Dies und die oft unzureichende Positionierung der radikalen Linken wirft bei uns einige Fragen auf.

Doch zunächst zurück zu den Aufständen in den Arabischen Ländern und dem Maghreb. Wieso wird der Umdeutung der Aufstände zu Bewegungen für Demokratie so wenig widersprochen? Gibt es kein Interesse mehr über die tatsächlichen Motivationen, Hoffnungen und Wünschen der Menschen nach Veränderung zu erfahren?

Warum gibt es so wenig Ansätze von internationaler Vernetzung und praktischer Solidarität? Weshalb setzen sich große Teile der radikalen Linken kaum in ein Verhältnis zu globalen Kämpfen, obwohl niemand bestreitet, dass umfassende Emanzipation nur global denkbar ist?

Oder täuschen wir uns und die in einigen autonomen Kreisen gedachten und erstrebten Veränderungen gehen selten über das eigene Viertel hinaus? Ist die behauptete Instabilität der Verhältnisse im Bewusstsein radikaler Linker im Krisengewinner Staat BRD überhaupt angekommen? Ist vielleicht der Glaube an stabile Verhältnisse der Grund für die Schwäche emanzipatorischer Bewegungen und die grassierende Utopielosigkeit?

Oder ist es noch schlimmer und die Stabilität wird nicht nur angenommen, sondern als Garant eigener Privilegien sogar erhofft? »Die Spareinlagen aller Bundesbürger sind sicher« versprechen Merkel und Steinbrück. Gibt es so wenig Bereitschaft sich mit Kämpfen um Befreiung und Teilhabe am Reichtum zu solidarisieren, weil dies bedeuten würde, sich mit eigenen Verstrickungen in Ausbeutungsverhältnisse zu beschäftigen und Sicherheiten aufzugeben? Haben Antifa und Anti-AKW-Bewegung soviel Zulauf weil sie einfache äußere Feindbilder bieten und Kämpfe gegen das EU-Grenzregime, Antipirateneinsätze und EU gestützte Diktaturen so wenig, weil sie die eigenen Privilegien in Frage stellen?

Der von uns genossene Luxus der billigen Waren wird nicht zuletzt durch EU Grenzen, gegen Piraten verteidigte Handelswege und Handel mit Diktatu-

ren aufrecht erhalten. Wird dies als unabänderlich verdrängt oder gar nicht als Privileg erkannt, sondern mit dem Schweinesystem assoziiert, das uns ja schließlich auch steigende Mieten, Studiengebühren, Hartz 4 und Atomkraft zumutet? Ist dies Ausdruck der von Autonomen betriebenen Politik der ersten Person, die der neoliberalen Individualisierung und Selbstbezogenheit Anknüpfungspunkte bietet?

Oder ist die ausbleibende Positionierung gar kein Mangel an Interesse und Festhalten an eigenen Privilegien sondern eine Folge unzureichender Auseinandersetzung mit der Geschichte internationalistischer Bewegungen? Ist das Wegbrechen der bipolaren Weltordnung und der Verortung Teile der radikalen Linken an der Seite nationaler Befreiungsbewegungen, die zwar als antikoloniale Kämpfe ihre Berechtigung hatten, aber oftmals autoritäre und reaktionäre Regime hervorbrachten, bis heute nicht verkraftet? Entsteht daraus und aus dem Unwissen über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern und Regionen, die Angst sich mit den Kämpfen »der Anderen« zu solidarisieren und dabei alte Fehler erneut zu machen? Dies alles wollen wir diskutieren.

Wir können den sich weiter zuspitzenden Verhältnissen nur neugierig und vernetzt mit anderswo Kämpfenden etwas entgegensetzen. Die Frage nach Bezugnahme auf globale Kämpfe muss deshalb wieder mehr in unseren Fokus rücken. Dabei werden wir immer wieder Positionen und Wege diskutieren müssen, die unsere eigenen Privilegien ins Blickfeld rücken und Solidarität zu etwas praktischem machen. Mit den Erfahrungen von Grenz-camps, globalisierungskritischen Vernetzungen wie Peoples' Global Action oder der z.B. von Cafe Libertad betrieben, solidarischen Ökonomie, gibt es ja durchaus diskussionswürdige Ansätze.

CRASHKURS

Anmerkungen zur Entwicklung der Finanzkrise

DER IM APRIL 2011 VERÖFFENTLICHTE BEITRAG WURDE DER WEBSEITE DER HAMBURGER GRUPPE COMMUNE (WWW.GRUPPE-COMMUNE.ORG) ENTNOMMEN. IM NACHFOLGENDEN BEITRAG GEHT ES NICHT NUR UM EINE ANALYSE DER INTERNATIONALEN FINANZKRISE, SONDERN AUCH UM DIE GESELLSCHAFTLICHEN FOLGEN DIESER KRISENHAFTEN ENTWICKLUNG. DIE AUTOR_INNEN GEHEN DER FRAGE NACH, WELCHE ROLLE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK FÜR AUTORITÄRE ENTWICKLUNGSTENDENZEN SPIELEN. DER HIER VERÖFFENTLICHTE ERSTE TEIL BESCHÄFTIGT SICH MIT DER WIRTSCHAFTSPOLITIK. DER TEIL ZU SOZIALPOLITIK IST AUF DER WEBSEITE FÜR DIE NÄCHSTEN WOCHEN ANGEKÜNDIGT UND KANN DORT UNTER DER RUBRIK »AKTUELLES« ABGERUFEN WERDEN.

Weder im bürgerlichen noch im linken historischen Bewusstsein spielt der 9. August 2007 eine Rolle. An diesem Tag brach, beginnend in den USA, der sogenannte Interbankenmarkt zusammen. Die Banken hörten schlagartig auf, sich untereinander Geld zu leihen. Grund war das Umschlagen des Immobilien- und Hypothekenbooms in den USA in ein allgemeines Misstrauen, ob die jeweiligen Finanzinstitute bei einem möglichen Ausfall eines Teils ihrer Schuldner selbst überleben würden. Über Nacht sprang die staatliche amerikanische Notenbank ein und versorgte von da an selbst die Banken mit der notwendigen Liquidität, damit diese ihre Geschäfte fortsetzen konnten. Von diesem Zeitpunkt an gab es beim Hegemon des globalen Kapitalismus und auch über die USA hinaus keinen privaten Finanzmarkt mehr.

Die bürgerliche Politik und Öffentlichkeit – einschließlich Finanzpresse und -wissenschaft – nahm die Krise erst im September 2008 mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehmann Brothers in den USA in aller Schärfe wahr. Dies war der Endpunkt der Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse, ob diejenigen Segmente des Finanzsektors, die sich verspekuliert hatten, auch den Preis der Marktlogik dafür zu zahlen hätten, nämlich pleite zu gehen. Nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers fürchteten die OECD Regierungen weitere Pleiten sogenannter systemrelevanter Banken. Um Zusammenbrüche weiterer Banken (die sich alle untereinander Geld geliehen

bzw. sich wechselseitig an Spekulationsvehikeln beteiligt hatten) zu vermeiden, wurde kurzerhand der Markt durch den Staat ersetzt. Weitere Bankpleiten hätten global zu einem Run auf die Sparanlagen geführt, die von den Banken, wenn alle Sparer_innen ihre Ansprüche gleichzeitig geltend gemacht hätten, nicht hätten bedient werden können, da sich die Banken mit ihren weltweiten spekulativen Investments überwiegend mittel- bis langfristige gebunden hatten. In der Konsequenz wäre innerhalb weniger Tage der gesamte Bankensektor zusammengebrochen. Damit wäre auch der allgemeine Geldkreislauf außer Funktion gesetzt worden (Geldautomaten, Bankschalter, Girokonten wären blank gewesen) und die Metropolengesellschaften wären von einem auf den anderen Moment in eine einfache Tauschwirtschaft zurückgefallen. Damals wurde zurecht von einer finanziellen Kernschmelze gesprochen.

Auf dem Höhepunkt der Krise im Oktober 2008 versprachen deshalb Kanzlerin Merkel und der damalige Bundesfinanzminister Steinbrück die unbegrenzte Garantie aller Sparguthaben. Allerdings hätten auch die öffentlichen Haushalte – selbst bei vervielfachter Schuldenaufnahme – diese Finanzierungskraft nicht gehabt (außen vorgelassen, wer in einer solchen Situation überhaupt noch öffentliche Schuldtitel gekauft hätte). Wenn es zu einem Run auf die Banken gekommen wäre, wäre der Staat bei diesem Garantieverprechen mit in den Abgrund gerissen worden. Es war nicht mehr als ein gehöriger

Pokerbluff der deutschen Regierung, selbst mehr auf der Hand zu haben als die anderen. Die Panik war den politischen Akteur_innen damals jedoch ins Gesicht geschrieben. Sie wussten genau, dass wenn der Geldverkehr zusammenbrechen würde, auch im gesellschaftspolitisch ruhigen Deutschland die Möglichkeit von Unruhen und Aufständen bestand. Schon deshalb, weil keiner mehr gewusst hätte, wie die Milch im Supermarktregal bezahlt werden kann.

DAS BEISPIEL HSH NORDBANK

Am Beispiel der Bemühungen um den Erhalt der HSH Nordbank (hamburgisch-schleswig-holsteinische Regionalbank, die aus der Fusion der Hamburgischen Landesbank mit der Landesbank Schleswig-Holstein entstanden ist) lässt sich exemplarisch zeigen, wie hilflos die bürgerliche Politik vor, während und unmittelbar nach der Krise agierte. Der damalige Hamburger Finanzsenator Freytag (CDU) erklärte noch im Februar 2009, dass die staatliche Landesbank HSH Nordbank im Kern gesund sei. Die HSH hatte damals eine Bilanzsumme von 250 bis 300 Mrd. Euro, bei einer Eigenkapitalquote von 5 bis 7%. Um die dahinter stehenden Dimensionen zu verdeutlichen: Der Hamburger Haushalt hat eine Größe von 10 Mrd. Euro, wobei alle öffentlichen Haushalte zusammen (u.a. einschließlich der gesetzlichen Krankenkassen und Rentenversicherungen) ca. die Hälfte des Bruttozialproduktes, d.h. der Wirtschaftskraft eines Landes, ausmachen. Das heißt, Hamburg hatte sich zusammen mit Schleswig Holstein eine Staatsbank geleistet, die mit einem zwanzigfachen Kredithebel (mit Bezug auf die Eigenkapitalquote von 5% wurde für jeden eigenen Euro das Zwanzigfache Kapital zur Spekulation aufgenommen), auf das Dreißigfache des Staatshaushaltes bzw. das Fünfeinfache der lokalen Wirtschaftskraft spekulierte. In den Jahren vor dem Ausbruch der Finanzkrise ermöglichte dies, direkt und indirekt bis zu dreistellige Millionenbeträge als Gewinn an den Hamburger Haushalt abzuführen. Man träumte auch davon, die Bank profitträchtig an der Börse verkaufen zu können. Finanzsenator Freytag – der sich bis dato in der Öffentlichkeit gerne als gelernter Investmentbanker bezeichnete – und seine Vorgänger von CDU und SPD im Aufsichtsrat der HSH Nordbank hatten nie nach den operativen oder gar systemischen Risiken gefragt, die ihnen über Jahre einen warmen Geldsegen bescherten. Dabei gehört es zum Einmaleins der Kaufmannslehre, dass es keinen Profit ohne Risiko gibt.

Es kam, wie es kommen musste. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 musste die HSH Nordbank durch die beiden Eignerländer mit frischem Eigenkapital in Höhe von je 3 Mrd. Euro ausgestattet werden und Hamburg eine Bürgschaft auf eingegangene Risiken der Bank in Höhe von 22 Mrd. aussprechen. Sonst wäre die Bank pleite gewesen und hätte die beiden Staatshaushalte sofort und endgültig ruiniert und

die regionale Wirtschaft (z.B. Reedereien) wegen der Kreditverflechtungen mit in den Abgrund gerissen. Der Hamburger Eigenkapitalzuschuss und die Bürgschaft belaufen sich zusammen auf eine höhere Summe als die insgesamt in 65 Jahren angehäuften Hamburger Staatsschulden in Höhe von ca. 21 Mrd. Euro.

Durch die sinkenden Steuereinnahmen und gesunkenen Werte der Unternehmensbeteiligungen im Zuge der Wirtschaftskrise hat Hamburg, das als relativ reiches Bundesland gilt, im Jahr 2009 sein Eigenkapital aufgebraucht und sich somit endgültig überschuldet. Der Stadtstaat Hamburg gönnt sich seit einigen Jahren eine kaufmännische Bilanz seiner Vermögenswerte (z.B. Grundstücke, Unternehmensbeteiligungen) und Schulden (u.a. ausgegebene Staatsanleihen, Pensionsverpflichtungen).

So lassen sich die städtischen Finanzen wie bei einem Privatunternehmen betrachten. Die Stadt als Privatunternehmen hätte auch unabhängig von der Entwicklung der HSH Nordbank schon im Jahr 2008 ein Insolvenzantrag stellen müssen. Durch eine Pleite der HSH Nordbank könnte sich der Hamburger Schuldenberg nahezu verdoppeln. Neue Staatsschulden müssten mit einer Zinshöhe erkaufte werden, die keine Aussicht mehr auf Rückzahlung der

Kredite hätte. Die Staatspleite wäre final. Die soziale und kulturelle Infrastruktur müsste weitestgehend eingespart werden, Löhne/Altersversorgungen im öffentlichen Dienst massiv reduziert oder ausgesetzt werden, die Sozialhilfe als kommunale Aufgabe könnte nicht mehr bedient werden. Für die Kosten könnte nur der Bund als Ganzes aufkommen. Auch zwei Jahre später hoffen die Verantwortlichen noch, dass dieser Fall nicht eintreten möge und die Bank in Teilen wieder profitabel wird, damit die entstandenen Verluste zumindest teilweise wett gemacht werden können. Die Risiken, die weiterhin in der Bank stecken, können bis heute nicht abschließend bewertet werden.

Das Beispiel der HSH Nordbank macht eines ganz deutlich: Es war nicht nur das private, sondern gleichermaßen das staatliche Kapital, das die Spekulationsblase so lange genährt hat, bis sie geplatzt ist.

GELD HECKT NEUES GELD

Welche Entwicklung war der Finanzkrise vorausgegangen, was hat sie ermöglicht? Mit dem Übergang zum Postfordismus Ende der siebziger Jahre etablierte sich ein neues Produktions- und Akkumulationsregime. Die Arbeitsprozesse wurden flexibilisiert und zunehmend international zusammengesetzt. Deshalb kann Arbeit zunehmend international in Konkurrenz gesetzt werden. In der Folge ging ab den achtziger Jahren und beschleunigt in den neunziger Jahren die Lohnquote am gesamtgesellschaftlichen Einkommen immer weiter zurück, während die Profitmargen auch auf der Grundlage

DIE POLITISCHEN AKTEUR_ INNEN WUSSTEN GENAU, DASS WENN DER GELDVERKEHR ZUSAMMENBRECHEN WÜRDE, AUCH IM GESELLSCHAFTSPOLITISCH RUHIGEN DEUTSCHLAND DIE MÖGLICHKEIT VON UNRUHEN UND AUFSTÄNDEN BESTAND.

von sinkender Unternehmensbesteuerung stiegen. Dies hatte zwei Konsequenzen: Weil die Masseneinkommen sanken, ging auch der Konsum zurück, so dass sich in verbrauchsnahe Wirtschaftssektoren weniger Investitionsmöglichkeiten boten. Diejenigen Kapitalanteile, die zur Erhöhung der Profitrate nicht in die Ausdehnung der jeweiligen Produktion oder Dienstleistung reinvestiert werden konnten, wurden deshalb überwiegend auf den Finanzmärkten angelegt, damit, um mit Karl Marx zu sprechen, »Geld neues Geld heckt«.

Diese Entwicklung wurde durch staatliche Interventionen noch verstärkt: Die Finanzmärkte wurden seit den achtziger Jahren zunehmend dereguliert, um Kapital an die jeweiligen nationalen Börsen zu locken. Internationale Kapitalverkehrskontrollen, insbesondere von Devisen, Investitionsmitteln und Profiten, wurden aufgegeben. Banken, Hedgefonds (Finanzvehikel, die jede mögliche Spekulationsform einsetzen, um überdurchschnittlichen Profit zu erzielen) und Private Equity Fonds (nicht an den Börsen gelistete Unternehmensverwaltungen) wurden kaum noch reguliert. Insbesondere die Zentralbank der USA ging ab Ende der achtziger Jahre dazu über, auf jeden Konjunkturabschwung mit einer Ausdehnung der Geldmenge durch eine Absenkung der Zentralbankzinsen zu reagieren. Die über die Jahre im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung überproportional ausgedehnte Geldmenge führte bisher nicht zu einer Inflation, also einer massiven Geldentwertung, begünstigte aber die Herausbildung von Spekulations- bzw. Preisblasen bei Finanzanlagen. Denn, wie oben schon geschildert, standen für die kontinuierlich ausgedehnte Geldmenge keine ausreichenden realen Investitionsmöglichkeiten mehr zur Verfügung. Dies hatte insgesamt zur Konsequenz, dass im Finanzsektor nahezu ungebremst Kredite aufgenommen werden konnten, um den Geschäftsrahmen, aber auch das jeweilige Risiko enorm aufzublähen. Im Gegenzug wurde die gesamtgesellschaftliche Steuerung des Angebotes von Arbeit und Kapital durch staatliche Interventionen (wie in Deutschland noch unter der Schmidt-Regierung u.a. durch die Stützung der Nachfrageseite auf der Basis von Reallohnsteigerungen) gänzlich aufgegeben. In diesem Sog wurden auch die Lohnarbeiter_innen durch die zunehmende Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme (Rente, Krankenkasse) gezwungen, über entsprechende private Versicherungen, die u.a. in Aktien anlegt wurden, ebenfalls die Finanzmärkte zu befeuern.

Im letzten Boomzyklus ab 2001 wurde die Finanzbranche größenwahnsinnig. Die führenden Investmentbanken (d.h. Banken, deren wesentliches Geschäftsfeld der Eigenhandel mit Finanzprodukten ist, die sich also wie überdimensionierte Hedgefonds verhalten) setzten sich das Ziel, dauerhaft Gewinnmargen bzw. Eigenkapitalrenditen von 25% zu erreichen. Diese wurde von den Großen und Erfolgreichen der Branche, wie etwa der Deutschen Bank, auch einige Jahre lang erreicht. Solche Profitraten stellen jedoch gerade auch unter einem kapitalistischen Blickwinkel eine absolute Abnormalität dar. Die langfristige Profitrate des Kapitalismus lag in

der letzten 150 Jahre inflationsbereinigt bei durchschnittlich 6%. Die zwischenzeitlich hohen Profitmargen von Teilen des Finanzkapitals kamen nur auf Kosten weltweit sinkender Reallöhne und einer zerfallenden sozialen Infrastruktur auf Grundlage stark gesunkener Steuereinkünfte zustande. Die exorbitanten Gewinne waren auch Ausdruck eines globalen spekulativen Schneeballsystems, mit dem kurzfristig Gewinne maximiert und Verluste potenziert in die Zukunft verschoben wurden.

DIE NÄCHSTE FINANZKRISE KOMMT BESTIMMT

Mit der weitgehenden Verstaatlichung bzw. Absicherung der Privat- und Staatsbanken der OECD-Länder während der Finanzkrise wurden die vorangegangenen Gewinne auch für die Zukunft legalisiert, indem die Eigner_innen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Gleichzeitig wurden durch die staatliche Absicherung die Verluste der letzten drei Jahre und die noch zu erwartenden Verluste der kommenden Jahre sozialisiert. Die westlichen Staaten dehnten ihre Schuldenaufnahme erheblich aus und hoben insbesondere die Verbrauchssteuern, denen alle Bürger_innen unabhängig von ihrer Einkommenshöhe unterworfen sind, an, um die Bankenrettungen überhaupt finanzieren zu können. Diese Aktivitäten verhinderten nicht, dass Island in die Pleite rutschte und Ungarn, Griechenland Irland und Portugal zur Zeit nur durch finanzielle Interventionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU vor der sofortigen Pleite bewahrt werden können. Spanien gilt aufgrund der aktuellen Entwicklung in Portugal ebenfalls als bedroht, auch wenn es noch keine internationalen Stützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen muss.

2009 schien es noch so, als ob die westlichen Regierungsapparate und Teile des Kapitals deshalb eine Re-Regulierung des Finanzsektors durchsetzen wollten. So sollten die Eigenkapitalanforderungen erhöht (was die mögliche Profitrate verringert hätte), die absolute Größe der Banken verringert und begrenzt, die Finanzaufsicht internationalisiert und massiv ausgedehnt, Hedgefonds verboten sowie Investmentbanken vom Privatkundengeschäft getrennt werden. Mit letzterem wären Spareinlagen etwas besser geschützt worden, da ein Zusammenbruch von Investmentbanken dann nicht unmittelbar das Risiko in sich trägt, den Geldverkehr zu unterbrechen. Diese kapitalkonformen Reformideen wurden jedoch nicht einmal ansatzweise umgesetzt und es ist auch nicht absehbar, ob dies zukünftig geschieht. Die aggressive Finanzkapitalfraktion hat wieder Oberwasser: Die Profite zugunsten der kleinen Klasse der Vermögenseigner_innen sollen wieder steigen und die bürgerlichen Regierungen lassen sich offensichtlich mit dem Argument erpressen, dass Regulierungen des Finanzkapitals dessen kurzfristige Stabilität gefährden würden.

Die Finanzkrise ist deshalb aber nicht ausgestanden, im Gegenteil. Mit der fortgesetzten Ausdehnung der Geldmenge durch die US-Notenbank versucht diese, den derzeitigen Konjunkturabschwung in den USA zu bekämpfen. Die stark überschüssige Liquidität wird jedoch auch die Bildung von Ver-

mögensblasen beschleunigen, weil ein Großteil des Geldes nicht in der Realwirtschaft, sondern wiederum in Finanzvehikel investiert wird.

Dies macht einen erneuten und noch größeren Zusammenbruch erst der Aktienwerte und dann der Realwirtschaft wahrscheinlich. Dieses Risiko wird noch erhöht, indem Staaten wie Irland und Griechenland, trotz der Stützungsmaßnahmen, als Folge der Bankenkrise auf den Staatsbankrott zusteuern. Die Notkredite der EU und des IWF wurden mit so hohen Zinssätzen versehen, dass diese dauerhaft nicht bedient werden können, ohne dass die Staatsverschuldung weiter ansteigt. Gleichzeitig wurde den Ländern unter dem Diktat von IWF und EU massive Sparauflagen verordnet, wodurch deren Wirtschaftsabschwung verstärkt wird. In der Folge sinken das Bruttoeinkommen und die Steuereinnahmen. Parallel schwindende Einnahmen und massiv steigende Ausgaben durch die Zinsdienste haben eine Schuldenspirale in Gang gesetzt, die absehbar in den Staatsbankrott führt. Diese Entwicklung findet ihren realen Ausdruck an den Finanzmärkten, wo die schon ausgegebenen Staatsanleihen der vom Staatsbankrott bedrohten Länder massiv an Wert verloren haben. Neue Staatsanleihen wurden nicht mehr ausgegeben, weil die dafür notwendigen Zinsaufschläge als Risikopuffer bis zum Doppelten über den Strafzinsen der EU liegen. Gegenläufig profitierte davon zeitweilig die Bundesrepublik Deutschland, weil das Anlegerkapital vermehrt Bundesanleihen nachfragte, so dass deren Zinssätze auf historische Tiefs fielen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ERWÄGUNGEN DER BUNDESREGIERUNG

Was motiviert jedoch die bundesdeutsche Regierung, die ein Drittel der Wirtschaftsmacht des Euro stellt und damit auch über entsprechenden politischen Einfluss im IWF und der EU verfügt, eine solche innereuropäische Politik zu forcieren? Die deutsche Wirtschaft ist extrem auf den Export ausgerichtet. Deutschland hat im internationalen Vergleich in den letzten Jahren die meisten Waren ausgeführt und vergleichsweise wenig Waren eingeführt. Diese Exporterfolge sind nicht nur auf die historisch gewachsene Spezialisierung deutscher Industrien (u.a. auf hochwertige Konsumgüter wie Autos, Waffenproduktion oder den Maschinen- und Anlagenbau, der von dem industriellen Aufschwung in den Schwellenländern profitiert) zurückzuführen, sondern auch auf Reallohnverluste der bundesdeutschen Arbeiter_innen in den letzten 15 Jahren. Die Gewerkschaften waren, von Ausnahmen abgesehen, nicht mehr in der Lage, Reallohnsteigerungen durchzusetzen. Zusammen mit der weiterhin steigenden Produktivität sind deshalb die Lohnstückkosten gefallen. Dies hat im internationalen Wettbewerb dazu geführt, dass Produkte »Made in Germany« nicht nur als qualitativ hochwertig, sondern auch als relativ preiswert gelten.

Die Exportüberschüsse haben zur Folge, dass sich andere Länder zulasten der Bundesrepublik verschulden, um deutsche Waren kaufen zu können. Dies gilt beispielsweise für die USA, aber auch für die meisten Staaten der EU. Auf dem europäischen Binnenmarkt wird das relativ starke deutsche Produktions- und Dienstleistungskapital weder durch Handelsschranken noch durch Währungsschwankungen behindert. In absoluten Werten hat deshalb in den letzten 15 Jahren kein Land so sehr von der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu Lasten anderer Mitgliedsstaaten profitiert wie das bundesdeutsche Kapital (nur einige kleinere Länder wie die Niederlande haben einen noch höheren Exportanteil, fallen jedoch nicht so sehr ins Gewicht).

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist deshalb zur Zeit von drei Erwägungen geleitet: Stützungsaktionen gegenüber Griechenland und Irland sollen die deutschen Privatbanken schützen, die im hohen zweistelligen Milliardenbereich griechische und irische Staatsanleihen und Schulden von deren Finanzinstituten in den eigenen Büchern halten. Sollten diese Schuldner_innen ausfallen, wären nicht nur die schon teilverstaatlichte Commerzbank, sondern auch die bisher noch nicht staatlich gestützte Deutsche Bank massiv betroffen.

Zweitens wollen die bundesdeutschen Eliten eine sogenannte Transferunion verhindern. Damit ist gemeint, dass die überdurchschnittlich konkurrenzfähige deutsche Industrie zwar vom Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung profitieren soll (vielfach mussten die Konkurrenten in anderen Ländern aufgeben, dort vertieften sich Deindustrialisierungsprozesse), ein dann fälliger sozialer Ausgleich jedoch vermieden werden soll. Das Paradebeispiel dafür ist die ökonomische Annexion der ehemaligen DDR. Deren Industrien wurden durch die westdeutsche Konkurrenz zerstört. Als Ausgleich bzw. Almosen gab es den Solidaritätsbeitrag für lokale Infrastrukturprojekte und als mangelhafte Grundversorgung Sozialhilfe bzw. Hartz IV-Zahlungen. Eine ähnliche Kompensationspolitik, die innerhalb der Bundesrepublik als nationale Aufgabe verbrämt wurde, soll nun im europäischen Maßstab vermieden werden, obwohl die negativen ökonomischen und sozialen Folgen der Expansion des deutschen Kapitals vergleichbar sind.

Und drittens sind sich die ökonomischen und politischen Eliten in Kerneuropa (Frankreich, Deutschland, Österreich, Benelux-Staaten) noch nicht einig, was die Staatspleite, sprich Umschuldung einzelner Länder der EU für die weltweite Position des Euros bedeuten würde. Grundsätzlich wird das Projekt verfolgt, innerhalb einer Generation zur globalen Leitwährung US-Dollar aufzuschließen und sich dem Aufstieg des chinesischen Renmimbi entgegenzustellen. Die Expansion des Euro hätte u.a. den Vorteil, dass sich der Kreditrahmen der Währung

*DIE SOGENANNTEN
BANKENKRISE WIRD NICHT NUR
IN DEUTSCHLAND VON EINEM
GESELLSCHAFTLICHEN DISKURS
FLANKIERT, DER DEUTLICH
NATIONAL-CHAUVINISTISCHEN
TÖNE ANSCHLÄGT.*

ausweiten würde (weil in der Folge mehr Euro-Anleihen gezeichnet würden) und Rohstoffe frei von Währungsschwankungen in der eigenen Währung bezogen werden könnten. Die internationale Währungsposition des Euro hängt aber nicht nur von der unmittelbaren ökonomischen Macht ab, also dem Ausmaß des internationalen Handelsvolumens, das in Euro getätigt wird. Sie ist auch davon bestimmt, welche Entwicklungsperspektive dem Euro zugeschrieben wird, ob er im Vergleich zum Wert anderer Währungen steigt, weil die Inflationsrate dauerhaft gering bleibt und auch zukünftig davon ausgegangen werden kann, dass Schulden von Eurostaaten in jedem Fall beglichen werden können.

Unter Weltmarkt voraussetzungen macht es, das zeigen die Beispiele von Island und Argentinien, für überschuldete Länder am meisten Sinn, einen Staatsbankrott zu erklären und mit den Gläubiger_innen – wie sonst in Insolvenzverfahren – auszuhandeln, mit welchen Teilrückzahlungen diese auf der Grundlage der wirtschaftlichen Leistungskraft eines Landes rechnen können. In einem solchen Modell wird davon ausgegangen, dass ein wirtschaftlicher Neustart auch für die Gläubiger_innen besser ist, weil nur dieser überhaupt Rückzahlungen ermöglicht. Die EU, geführt durch die Bundesregierung, geht jedoch gegenwärtig den entgegengesetzten Weg. Sie zwingt die betroffenen europäischen Länder zu härtesten, auch sozialen, Einsparungen. Die Folge wird voraussichtlich die ökonomische Strangulierung sein, weil der private Konsum und staatliche Investitionen massiv zurückgehen. Eine solche Strategie, das Ansehen des Euro ohne Leistungen der Kernländer und auf Kosten der hochverschuldeten Peripherieländer retten zu wollen, ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch äußerst riskant.

VON DER FINANZKRISE ZUR SOZIALEN HÖRIGKEIT

Aus der so geschaffenen ökonomischen Situation sind für die hochverschuldeten EU-Mitgliedsstaaten und damit für die gesamte EU drei mögliche Szenarien denkbar:

1. Die hohen Zinsen werden durch ein starkes Wirtschaftswachstum und hohe Steuereinnahmen finanziert. Diese müssten höher sein als der zu leistende Schuldzins, um nicht nur die Kredite zu bedienen, sondern langfristig zu entschulden, wie es ja auch gefordert wird.

Dieses Szenario ist eher unwahrscheinlich, auch wenn einzelne Mitgliedsstaaten, allen voran die BRD, ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen haben. Gerade die stark verschuldeten Volkswirtschaften sind durch die strengen Auflagen zu einer extremen Sparpolitik genötigt, die, weil sie am härtesten bei den kleinen und mittleren Einkommensschichten zulagt, die Binnenkaufkraft stark schwächt. Deren Kompensation über den Export ist nur wenigen Ländern möglich. Die einzige Option, auf dem Exportmarkt stark zuzulegen, ist, die exportierten Güter konkurrenzfähiger, also günstiger zu machen. Dies hieße aber stärkere Reallohnsenkungen, die die Binnennachfrage sinken lassen, so dass das System kollabiert.

2. Die hohen Schuldzinsen werden finanziert, indem die Währung entwertet wird, also eine Inflation stattfindet. Diese Strategie würde zudem Exportgüter vergünstigen.

Eine hohe Inflation trifft am stärksten die unteren Einkommensschichten, all jene also, die keine wertstabilen Güter wie Immobilien, Grundeigentum oder Betriebsvermögen besitzen, da sich die Lebenshaltung verteuert und kleinere Geld- und Sparvermögen entwertet werden. Eine hohe Inflation hat immer auch Reallohnsenkungen zur Folge, da die Anhebung der Löhne, Gehälter und auch Renten nicht in dem Maße der Inflationsrate erkämpft werden kann.

3. Die hohen Schuldzinsen können von den jeweiligen Staaten nicht bedient werden. Wenn Verhandlungen über einen Teilschuldenerlass nicht zum Ziel führen, können die Staaten nur noch Staatsbankrott anmelden.

Im Falle der betroffenen Mitgliedsstaaten der EU würde dies wahrscheinlich den Ausstieg dieser Volkswirtschaften aus der Währungsunion bedeuten. Sie würden wieder eine eigene Währung erhalten, deren Tauschwert neu und niedriger definiert wird. Der Euro würde zusammenbrechen. Die reicheren Länder würden versuchen, ihre Stabilität zu retten, dabei jedoch den Wirtschaftsraum EU und damit auch einen Großteil ihres Exportmarktes verlieren. Wahrscheinlich ist, dass ein Zusammenbruch des Euro in allen beteiligten Mitgliedsstaaten starke wirtschaftliche Erschütterungen zur Folge hätte.

Jedes dieser Szenarien zeigt, dass die Folgen der sogenannten Bankenkrise noch nicht absehbar sind und dass die weitere Krisenentwicklung in mehr oder weniger bedrohlichen Bahnen verlaufen kann. Für den Fall einer weiteren Verschärfung der Krise sehen wir die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eher pessimistisch. Schon jetzt wird diese Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in weiten Teilen der Kern-EU (wie auch in den USA) von einem gesellschaftlichen Diskurs flankiert, der deutlich national-chauvinistischen Töne anschlägt. In Deutschland sind beispielhaft die »Sarrazindebate« oder Pressestimmen zur Griechenlandkrise zu nennen (... erst fahren sie ihren Karren in den Dreck und dann stopfen sie die Löcher mit unserem Geld).

Es steht zu befürchten, dass im Falle eines ökonomischen Zusammenbruchs, bei dem große Teile der Geringverdiener, aber auch der unten Mittelstand ihre auch jetzt schon wacklige Lebensgrundlage verlieren (z.B. durch Arbeitslosigkeit, starke Einkommensverluste oder Abwertung der Renten), eine Verschärfung dieses Diskurses stattfindet und autoritäre, repressive und national-chauvinistische Tendenzen verstärkt wirkmächtig werden.

gruppe commode im April 2011

**CHANGING
REALITIES**
KONGRESS FÜR AUTONOME POLITIK